

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, anzuwendende Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Freitag, den 11. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 9. Januar 1895.

10. Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Bronsart v. Schellendorf, Marschall v. Bieberstein, Schindler, Nieberding u. andere. Erster Gegenstand der Verathung ist der schleunige Antrag Auer und Grobmann auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Stadthagen.

Abg. v. Buchta (son.) bittet den Antrag abzuschmen. Der Abg. Stadthagen befindet sich bis zum 30. März in Strafbast. Was könne bis dahin nicht alles geschehen? Der Reichstag könne z. B. aufgelöst werden. Mehrer bestritt, daß sein Motiv etwa wäre, eine Stimme gegen die Unsturzvorlage: unschädlich zu machen. Der Paragraph 31 der Verfassung könne nur dahin interpretiert werden, daß Strafverfahren gegen Abgeordnete nur dann einzustellen seien, wenn sich diese in der Möglichkeit befinden, ihr Mandat auszuüben, nicht aber, wenn sie in Strafbast seien.

Abg. Singer (S.) Das Prinzip, das in meinem Antrag steht, ist vom Reichstag bereits häufig anerkannt worden. Die konservative Partei hat diesem Prinzip selber zugestimmt, als es sich um Einstellung eines Strafverfahrens gegen Alshwardt handelte. Hier kommt freilich ein Sozialdemokrat in Frage und da hört die Prinzipientreue bei den Konservativen auf. Aber auch vergesslich sind die Herren, denn sie haben vor Weihnachten bereits einem Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen Stadthagen zugestimmt, der sich damals bereits in Haft befand. Durch die fürsorgliche Thätigkeit des Staatsanwalts befinden sich z. B. 3 sozialdemokratische Abgeordnete in Haft und sind an der Erfüllung ihrer Pflichten gehindert. Wir werden den Antrag auf Verklärung der Disziplinargewalt des Präsidenten erwidern mit einem Antrag auf Verklärung der Rechte der Volksvertreter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Meyer (Fr. Vereinig.) Der Antrag der Konservativen erweckt den Eindruck, als handele es sich bei ihnen hier nicht um sachliche, sondern um persönliche Gründe. Das Haus habe die Prinzipientreue längst gegen den Sinn des Abg. v. Buchta entschieden, und es sei es selber schuldig, unter allen Umständen hierbei stehen zu bleiben. (Beifall links.)

Abg. Buchta (Centrum.) schließt sich diesen Ausführungen an. In heutiger Zeit sei es bedenklicher denn je, zu künstlichen Interpretationen zu greifen. (Lebhafte Beifall links und im Centrum.)

Abg. v. Buchta bestreitet, daß persönliche Gründe für seine Haltung maßgebend seien. Auf den Fall Alshwardt besinne er sich nicht. (Lachen links.) Jedenfalls sei ihnen Alshwardt nicht lieber als Stadthagen (Weiterkeit und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Präsident v. Levechow: Ich muß mir die Zwischenrufe verbitten.

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus setzte sodann die Verathung der Unsturzvorlage fort.

Abg. Freiherr v. Stumm (freikons.): Die Rede des Abg. Auer war nicht nur lang, sondern auch langweilig. Immerhin verdient sie als offizielle Parteidrede Beachtung. Ein großer Widerspruch ist in ihr vorhanden. Einmal sagt Herr Auer: Wir sind die Alten gelieben, und dann schildert die Sozialdemokratie als ganz harmlos, behauptet, daß sie nicht daran dächten, Barrikaden zu bauen. In Wirklichkeit hat aber die Sozialdemokratie ihren alten revolutionären Charakter nicht verloren, bereitet sie nach wie vor alles auf den großen Kladderadatsch vor. Mehrer zitiert Karl Marx, den „Erfinder“ der Sozialdemokratie, der von der Diktatur des Proletariats gesprochen habe und Stellen aus dem im Jahr 1874 erschienenen Broschüre „Liebesbrief über den Parlamentarismus“. Die sozialdemokratische Presse greift in der rohesten Weise alles an, was uns heilig ist. (Lachen links.) Als politische Partei kann ich sie außerhalb des Hauses nicht anerkennen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Hoffnung, daß sich die Sozialdemokratie nach Fortfall des Sozialistengesetzes zu einer radikalen Reformpartei entwickeln würde, haben sich nicht verwirklicht. Der Abg. Auer sagte: Majestätsbeleidigungen und Unsitlichkeiten kämen auch in der Bourgeoisie vor. Gewiß, aber wir verurtheilen sie und schließen die Schulbigen aus unsern Kreisen aus. Die Sozialdemokratie aber erhebt diese Verbrechen zum Prinzip. (Huh, huh! bei den Sozialdemokraten.) Die „Sittlichkeit“ der „freien Liebe“ sehen Sie (zu den Sozialdemokraten) an Stelle der Heiligkeit der Ehe; die „Sittlichkeit“ des Hasses an Stelle der Nächstenliebe; die „Sittlichkeit“ des Meineides an Stelle der Majestät des Eides. (Huh, huh! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch der Abg. Auer gestern selber gesagt: Ich habe immer noch mein Liebchen gefunden, der Arbeiter braucht keine Ehe. . . (Große Unruhe; Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. — Präsident v. Levechow: Die Zwischenrufe fangen schon wieder an. Ich bitte dringend, sie zu unterlassen.) Bebel hat erklärt, er sei Atheist, Sozialist und Republikaner. Und vor Weihnachten sagte er: Wenn im Reichstag der Eid auf die Verfassung eingeführt würde, werde er ihn ruhig leisten. Ist das nicht eine cynische Verherrlichung des Meineides? (Große Unruhe links; Aufe: Zur Ordnung!) Die Sozialdemokratie hat den Anarchismus geboren, dessen Entstehung unmöglich gewesen wäre unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. (Lachen links.) Es ist ein Wunder, daß bei uns noch keine anarchistischen Verbrechen größeren Umfangs vorgekommen sind. Es ist kein anarchistisches Verbrechen verübt worden, das seitens der Sozialdemokratie nicht beschönigt oder entschuldigt worden sei. Ich erinnere an die Verbrechen in Spanien, und daran, daß in Dresden der „Genosse Schulze“ zu einer Woche Gefängnis verurtheilt wurde, weil er die

Er mordung Carnol's verherrlicht hat. Most, Bassetmann, Reinsdorf waren Sozialdemokraten; dazu kommen der berühmte Auerbach, Hermann und Genossen, alles Anarchisten, die früher Sozialdemokraten waren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, wie Sie zu Ihren holländischen Genossen stehen? Der „Sozialist“ steht doch der Sozialdemokratie nahe. Ein Artikel desselben schließt: „Nach die Sozialdemokratie, hoch der internationale anarchistische Sozialismus!“ In einem Schriftenverzeichnis der „Neuen Zeit“ steht der „Sozialist“ freundlichlich neben dem „Vorwärts“ verzeichnet. (Lachen links.) Ich habe hier den Kalender des „Vorwärts“; da sind sämtliche Greuelthaten altrömischer Monarchen verzeichnet. Interessant ist auch eine Notiz aus dem Dezember „Vermögens von Bebel gez.“, das heißt doch nicht anders als „gezächtigt“. (Große Weiterkeit.) Nein, meine Herren, Sie können Ihren Zusammenhang mit dem Anarchismus nicht verkennen. Sie stellen sich nur jetzt harmlos, weil Sie vor der Unsturzvorlage heillos Angst haben. (Weiterkeit links.) Sie sind eine Partei der Gewalt, ich bin mir längst darüber klar, daß es im Kampfe mit der Sozialdemokratie Gewalt gegen Gewalt heißen muß, daß geistige Waffen nichts nützen. Für mich war deshalb das alte Sozialistengesetz noch nicht scharf genug. Ich würde vorschlagen, ein Gesetz mit dem § 1. — (Singer ruft: Die Sozialdemokraten werden todtgeschlagen!) Der Präsident verbietet diese Zwischenrufe.

Abg. v. Stumm (fortfahrend): § 1. Den Sozialdemokraten und Anarchisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. (Großes Gelächter.) § 2. Alle Agitatoren und Führer werden ausgewiesen. (Erntes Lachen links.) Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie kann und muß vernichtet werden. Sie säet die Unzufriedenheit systematisch und erlangt nur dadurch ihre Macht. Die Sozialdemokratie kam mit ihrer Organisation schon als ein Staat im Staate betrachtet werden. Sie haben ihr wohlbezahltes Beamtenheer, sie treiben die Steuern ein, gewissenhaft wie jeder Finanzminister. Sie haben ihre eigene Polizei und Geheimpolitiken. Ja, es ist mir gesagt worden, daß in Berlin jedes Quadrat seinen eigenen Geheimpolitiken hatte, der die Postlokale revidierte. Mit dem Vorkost treiben Sie es schon sehr weit. So ist die Religion von Ihnen konfittirt. Schlamm sind die Arbeiter daran, die sich dieser Diktatur fügen müssen. Wer da die Hände in den Schooß legt ist verantwortlich für die Ströme von Blut, die vergossen werden. (Lebhafte Huh hu links.) Ich habe stets den Grundsat verfolgt, sozialdemokratische Arbeiter nicht zu beschuldigen. Es erhebt sich ein großes Geschrei in der ganzen Presse, ich sollte die Konstitutionsfreiheit gebrochen haben. Ich habe vor 25 Jahren selbst für die Konstitutionsfreiheit gestimmt. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Sozialdemokraten diese Freiheit nur benutzen, um die freien zufriedenen Arbeiter zu knebeln und die Arbeitgeber zu tyrannisieren. Entsetzlich ist die Tyrannei der Sozialdemokratie über die Arbeiter. Außerordentlich bedenklich ist das Kostieren der sogenannten gebildeten Kreise mit der Sozialdemokratie und der Revolution. Genau so war es in der großen französischen Revolution. In Berlin hat sich ein völliger Universalsozialismus herausgebildet. Aus diesen Kreisen kommt auch die thörichte Lebensart von dem berechtigten Kern der Sozialdemokratie. Einen solchen Kern giebt es nicht. Alle Arbeiterbeschwerden sind ohne die Mithilfe der Sozialdemokratie zu Stande gekommen. Man vergleiche die Zustände in meiner Fabrik oder in den von Krupp, von Hentl mit denen in den sozialdemokratischen Bindungen, in den sozialdemokratischen Bäckereigenossenschaften, wo die Leiter mit der Masse durchgehen. Auer warf uns mit den Juden in einen Topf. Es giebt Juden, vor denen ich alle Hochachtung habe, aber mit ihnen in ihrer Gesamtheit haben wir nichts zu thun. In keiner Fraktion sitzen soviel Juden wie bei den Sozialdemokraten. Noch viel bedenklicher ist die Agitation die sich bei einem Theile der evangelischen Geistlichkeit geltend macht. Das Blatt des Pastor Naumann in Frankfurt a. M. solletirt nicht nur, nein, es operirt direkt mit den Sozialdemokraten. Der Abgeordnete Vollmar wird darin direct glorifizirt, es wird nur behauptet, daß er kein Christ ist. Das aber ist gefährlicher wie der Kathederialismus, er wendet sich doch nur an urtheilsfähige Leute. Das Pastorenblatt wendet sich an die urtheilslose Menge. Wenn die evangelischen Arbeitervereine von diesem Geiste durchtränkt sind, marschiren sie direkt ins sozialdemokratische Lager. (Sehr richtig, rechts.) Hier in Berlin wird unter den Augen der Polizei ein Stück wie „Die Weber“ aufgeführt, das in New-York verboten ist. . . . Die Sozialdemokratie wird hier im Reichstage noch immer mit Glacehandschuhen angefaßt, obwohl sie uns mit ihrer Disziplinlosigkeit geradezu verhöhnt, obwohl Bebel es hier wagen kann, die ruhmvollste deutsche Nation eine Bedientenation zu nennen. Geht es so weiter, so wird das deutsche Völkertum mit einem gewaltigen Knack zur Selbsthülfe schreiten. (Gelächter links.) Ich begrüße die Vorlage als ersten Schritt, ich begrüße sie, weil sie die Illusion zerstört, als wolle die Regierung mit der Sozialdemokratie paktieren. (Lachen links.) Die Führer der Sozialdemokratie sind allerdings diahöchtige Bourgeois geworden, aber ich halte den, der den Dolch schleift, für ebenso gefährlich, als den, der ihn gebraucht. Die Vorlage ist das Minimum des Nothwendigen. Am besten wäre ein neues Ausnahmengesetz. (Lachen links.) Hat man doch Ausnahmengesetze gegen die Arbeitgeber in der Novelle zur Gewerbeordnung geschaffen. (Großes Gelächter links.) Wenn diese Vorlage abgelehnt wird, dann werden sich in Wäldern viel schärfere Maßregeln mit elementarer Gewalt durchsetzen, wogegen diese Vorlage ein harmloses Kinderspiel sein wird. Dann wird eine wirkliche Reaktion herbeibreiben, die ich nicht will, wofür aber diejenigen verantwortlich sind, die diesen milden Maßregeln (Stürmische Weiterkeit links) nicht zustimmen wollen. Jeder Staat muß sonst zu Grunde gehen. Unser Grundsatz aber ist: salus publica suprema lex esto. (Lebhafte Beifall rechts; lachen links.)

Präsident v. Levechow: Einen Ausdruck des Bedauerns, den ich vorher überhört habe, muß ich nachträglich als nicht zulässig bezeichnen. Es ist der Ausdruck „zynisch“, den er auf die Meinung eines Mitgliedes dieses Hauses angewandt hat. — Von der linken Seite des Hauses sind fortwährend Zwischenrufe erfolgt, die unzu-

lässig waren. So rief einer der Herren: „Gelogen“. Das ist eine grobe Verletzung der parlamentarischen Ordnung und guten Sitte. Das möge der Herr sich merken. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (Zentr.): Der Abg. Auer hat sich gestern ganz auf den sanften Heinrich hinausgepielt. Er hat so gethan, als sei er jetzt unter den wachsamsten Augen seiner weiblichen Hälfte (Weiterkeit) ein fanfarter Spießbürger geworden. Er hat seine Partei hingestellt als eine Art radikale Volkswarte, er wollte uns glauben machen, seine Genossen seien die reinsten unschuldigen Kindlein, die der Herodes morden will, weil er unter ihnen den künftigen König von Juda, den Erbdie der Menschheit verurtheilt. (Weiterkeit.) So liegt die Sache nicht. So harmlos sind sie nicht geworden. Auch in Frankfurt handelte es sich bei Ihnen nicht um einen Prinzipienwechsel, sondern um einen Wechsel der Taktik. Ich freue mich, Herrn v. Vollmar hier zu sehen, der uns vielleicht nähere Auskünfte giebt. Ja, so billig können Sie sich die Sache nicht machen, so einfach ist der Beweis nicht für Sie, diese sozialistisch-anarchistischen Schriften von Ihren Abkömmlingen abzuschütten. Wenn Sie so harmlos sind, wie Auer es dargestellt hat, wie können Sie dann glauben, daß diese Vorlage jemals auf Sie Anwendung finden könnte. (Sehr richtig rechts.) Herr Auer hat sich losgesagt von den bösen, ichlimmen Leuten des Anarchismus. Wo bleibt denn da die Gleichberechtigung der Arbeiter-Interessen, der Grundsat von der Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. (Sehr richtig, rechts und im Centrum.) Herr Auer hat von der Sozialgesetzgebung so geringschätzig gesprochen. Sie hat doch auch den Arbeitgeber viele Lasten auferlegt, besonders in heutiger Zeit, wo alle Gewerbezweige so darniederliegen. Seien Sie doch gerecht und erkennen Sie doch die Opfer der Arbeitgeber auch an. Was haben Sie (zu den Sozialdemokraten) geleistet. Alle ihre Arbeit ist soviel werth, als eine barmherzige Schwester in einer Nacht leistet. Sie sammeln Gelder, aber nicht ein Pfennig fließt Wohltätigkeits-Anstalten zu, dafür lassen Sie das verlästerte Christenthum sorgen. (Bravo, rechts und im Centrum.) Andererseits geht Herr von Stumm zu weit. Er spricht von Gewalt gegen Gewalt. Eine solche geistige Bewegung, wie die Sozialdemokratie, kann nicht mit Gewalt, sondern nur von innen heraus extodirt werden. Wir wollen, daß sich die Arbeiter als freie berechnete Staatsbürger fühlen. Unsere Stellungnahme ist in unserer früheren Haltung beim Sozialistengesetz begründet. Wir verwerfen alle solchen Maßregeln, so lange nicht Einrichtungen getroffen werden, die die Zufriedenheit zu erhöhen geeignet sind. Wir werden die Vorlage urtheilsfrei prüfen und sehen, ob sie sich auf dem Boden des gemeinen Rechts aufbauen läßt. Ich beantrage Namens meiner Parteifreunde die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitglieder zu verweisen. Die Regierung wird dann das Material zur Begründung noch ergänzen müssen; bisher genügt es uns nicht. Wir werden die Vorlage mit der Voricht prüfen, die die beherrschenden Bestimmungen erforderlich. Die Vorlage soll die Religion schützen. Warum behandelt man die Confectionen noch immer unparitätisch. (Bravo.) Der Bundesrath hat die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes beschlossen, während die Männer des Unsturzes nach dem allgemeinen Recht bekämpft werden sollen. Das versteht das katholische Volk nicht. So lange solche Ausnahmengesetze bestehen, dürfen die Männer am Bundesrathstische sich nicht wundern, wenn wir ihren fremdschönen Erklärungen nicht volles Vertrauen schenken und wenn wir mit eigenhämlichen Gefühlen an eine Vorlage herangehen, die der Regierung neue Machtmittel verleiht. Was die Staatsanwälte und Gerichtshöfe in der Aufsehung des Gesetzes leisten können, das haben wir Katholiken in den 70er Jahren erfahren. Und wenn die unbestimmten und beherrschenden Bestimmungen der Vorlage Gesetz werden sollten, dann werden ihre Schärfe alle diejenigen Parteien empfinden, die sich in Opposition gegen die jeweilige herrschende Richtung befinden. Vielleicht wäre eine Sicherung, wenn die Delikte, die die Vorlage betrifft, den Schwurgerichten oder Strafkammern, die durch Laien ergänzt sind, überwiesen werden. Mehrer geht zu einer Besprechung der Einzelheiten der Vorlage über. Bedenklich sind die Bestimmungen über die Beschlagnahme der Zeitungen und Druckschriften. Schon jetzt klagt man über eine verächtliche Behandlung der Presse durch Gerichte und Polizei. Was kann erst geschehen, wenn die neuen beherrschenden Bestimmungen Gesetz werden? — Das Wort „Unsturzbestrebung“ bleibt ohne jede Definition im Entwürfe. Es werde eine Art Hochverrath zweiter Klasse konstruirt, der sich von dem im Strafgesetz bereits genau formulirten Hochverrath durch seine Unbestimmtheit sehr unangenehm unterscheidet. Die angegriffenen Rechtsgüter würden sehr ungenau bezeichnet. Was gehöre nicht Alles zur Staatsordnung? Alle nur denkbaren Handlungen würden getroffen werden können; der Interpretationskunst der Richter und Staatsanwälte wird Thür und Thor geöffnet. — In welchen Schwierigkeiten wird der Richter erst kommen, wenn er den subjektiven Inhalt der Anklage feststellen soll, wenn er feststellen soll, daß der Angeklagte das Bewußtsein gehabt hat, daß seine Handlung schließlich zur Anwendung von Gewalt beim Unsturz der Staatsordnung führen müsse. Die Vorlage muß also klarer und präziser gefaßt werden. Ich weiß nicht, wie man die allgemeine Wehrpflicht betonen und sich einbilden kann, das Einbringen sozialistischer Ideen in die Armee verhindern zu können. Die Vorlage legt außerordentlich bedenkliche Machtbefugnisse in die Hände der Militärrichter. Die Vorlage will das Anpreisen von Verbrechen verhindern, die je begangen worden sind, vor oder nach der Sündfluth (Große Weiterkeit), von Erschaffung der Welt bis zum jüngsten Gericht, denn die Vorlage will auch die Anpreitung künftiger Verbrechen verhindern. Nun, vielleicht bleibt es dann den Katholiken erspart, daß die Worbrennereien eines schwebelichen Eroberers von der Kanzel herab und an andern Orten als Heldenthaten gepriesen werden. (Bewegung. — Sehr richtig links.) Wenn die Vorlage im vorigen Jahre schon Gesetz gewesen wäre, dann würde auch der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf unter dieses Gesetz gefallen sein, der den Todhäsigen Versuch des Generals v. Kirchhoff hier mit Gründen der Diktator-Ehre vertheidigt hat. (Weiterkeit.) Mehrer geht dann auf die Paragraphen ein, die von der Presse handeln. Er meint, man

kaum von einem Redakteur nicht verlangen, daß er, wenn er eine Nachricht erhält, bis in alle Einzelheiten auf die Wichtigkeit hin, Nachforschungen anstellt. Die Vorlage will Staatsseinrichtungen vor Beschimpfungen schützen. Jede scharfe Kritik kann als Beschimpfung aufgefaßt werden. (Sehr richtig! links.) Wenn wir jede Kritik fernhalten wollen, führen wir eine Art Zensur ein, und eines tadeln Tages wird das Glas um so jäher über uns hereinbrechen. (Bravo! links.) Die Bestimmungen der Vorlage über die Religion sind gar nicht klar. Welche Religion ist gemeint, die christliche oder die des Confucius, des Buddha oder des Ghiby? (Große Heiterkeit.) Wie leicht kann eine solche Bestimmung umgangen werden? Man braucht sich bloß halten, von der Religion im Allgemeinen zu sprechen. Man kann auf jede Religionsform im Allgemeinen schimpfen. Was ist Eigentum? Die Juristen sind da sehr verschiedener Meinung. Den Richtern darf man nicht die Entscheidung allein überlassen. Wie verschieden definiert nicht die einzelnen Nationalitäten den Begriff Eigentum. Das Privateigentum ist nur eine historische Kategorie. (Sehr richtig! links.) Was lehnen die Professoren auf den Kathedern? Wenn man es den Leuten des gemeinen Volkes verbietet, gewisse Ansichten auszusprechen, dann soll man auch gegen die freien deutschen Professoren vorgehen. Aber die Wissenschaft, die freie Wissenschaft bedarf des Schutzes nicht. Der Arbeiter, der sich einporgebetet hat, und die Weisheit der Professoren verachtet und sie dann verbreitet, der ist nicht den hundertsten Theil so schuldig, wie der Professor selber. (Beifall rechts und im Centrum.) Was ein Arbeiter sagt, ist lange nicht so gefährlich, als was ein Professor Hunderten jungen, wissenschaftlichen Studenten sagt. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Widerspruch links.) Redner verliest eine Willkürliste von Ausprüchen deutscher Professoren, die sich fast alle auf die Religion beziehen. Der Staatssekretär wird sagen, solche Ausführungen schaden vor einem gebildeten Publikum nichts, so lange es nicht unten brennt, brauchen wir oben nicht zu löschen. Ich erwidere, die Ausführungen jener Herren bilden das Arsenal für die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Sie können gar keine Strafen ziehen zwischen denen da oben und denen da unten; Sie können den Arbeitern nicht verbieten, das zu sagen, was auch die Professoren sagen. Der Sozialdemokrat Mühl hat in einer Versammlung gesagt: Was ich ausgeführt habe, habe ich gelernt von den vom Staate besoldeten Professoren. Die Vorlage halten wir aber trotzdem nicht für geeignet. Wir folgen der Parole für Religion, Sitte und Ordnung unbedingt, aber wir verlangen, daß uns nicht die Hände gebunden werden. Der katholischen Kirche müssen die Orden zurückgegeben werden, den Polen muß der Religionsunterricht in ihrer Muttersprache gegeben werden. Alle diese Gesetzesparagrafen werden uns nichts nützen, so lange nicht in das Volk christlicher Geist eingeblasen ist. Die Lehren unserer Professoren sind dazu nicht geeignet. Woher kommt der Haß, die Erbitterung in Arbeiterkreisen? Weil die besser situirten Kreise die Arbeiter sich selbst überlassen. Das Christentum ist das Heilmittel. Es giebt kein Heil außer Jesus Christus. (Lebhafte Beifall durch Handklatschen im Centrum.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding (auf der Tribüne schwer verständlich). Ich glaube, wir würden uns mit dem Centrum verständigen können, nach der Rede des Vorredners ist es mir zweifelhaft geworden. Der Herr Vorredner will die Ziele der Vorlage nicht mit Gewalt erreichen, sondern im Wege der inneren Ueberzeugung. Er hat meine Scheidung in zwei Theile falsch ausgelegt, ich wollte keinen Gegensatz zwischen höheren Schichten der Gesellschaft und niederen Schichten des Volkes machen, ich weiß sehr wohl, daß es auch in den niederen Schichten des Volkes ordnungsliebende, auf dem Boden des Gesetzes stehende Leute giebt. Wenn der Vorredner sich so wenig Wirkung von der Vorlage verspricht, warum dann dieses große Angebot von Worten? Der Vorredner hat Namens seiner Partei die Bereitwilligkeit einer genaueren Prüfung der Vorlage in einer Kommission ausgesprochen, und das allein läßt mich hoffen, daß wir dort bei ruhiger Aussprache doch noch eine Verständigung erzielen werden. Es liegt der Regierung fern, durch dieses Gesetz die öffentliche Meinungsäußerung beschränken zu wollen. Sie will nur die Sicherheit des Staates. Wenn Sie in der Kommission bessere Vorschläge machen, als Sie in der Vorlage enthalten sind, so sind wir gern bereit, uns Ihnen anzuschließen. Wir wollen keine Bestimmung in die Vorlage hineinnehmen, die zu Strafen Veranlassung giebt, die dem allgemeinen Rechtsgefühl widersprechen. Redner sucht eine Anzahl von Einwendungen des Vorredners gegen die Vorlage zu widerlegen. Nachdem das Sozialistengesetz 12 Jahre lang in Praxis gewesen, sei der Begriff „Umsturz“ festgelegt. Selbst die Schweiz sei genöthigt gewesen, ein Gesetz gegen die Anarchisten zu erlassen. In dem von dem Berner Professor Stojas, einem maßvollen und einsichtigen Mann, ausgearbeiteten Entwurf sei der Wortlaut über den „Umsturz“ genau so wie in der Vorlage. Die weiteren Ausführungen des Redners gehen in der allgemeinen Ursache zum größten Theil verloren. Die Vorlage hat sich in so maßvollen Grenzen gehalten, daß, wenn wir überhaupt vorgehen wollen, wir kaum engere Grenzen ziehen können. Dem Abg. Auer erwidere ich, daß, was ich den Schriftsteller Kropotkin und Bakunin entnommen habe, Aufzügen der letzten Jahre entstammt. Redner hebt hervor, daß er richtig zitiert habe „alle Religionen beruhen auf Blut.“ Wenn die Stenographen „Aug“ verstanden hätten, so sei er daran unschuldig. Die Behauptung des Abg. Auer, daß sich das Gesetz gegen die Arbeiter richtet, ist unrichtig. Schreiben denn die Arbeiter die Artikel in den Zeitungen, halten sie denn die Vorträge in den Versammlungen? Oder sind es nicht bestimmte Agitatoren? Nur diese Leute, die den Umsturz säen, sollen von dem Gesetz betroffen werden.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. In einer persönlichen Bemerkung vermahnt sich Abg. von Stumm dagegen, daß er, wie Abg. Gröber behauptet, gegen die Arbeiter Gewalt gepredigt habe. Er habe nur gegen die Agitatoren Gewalt empfohlen. Die beste Bekämpfung der Sozialdemokratie liege im Ausbau der Arbeiterwohlthätigkeitsgesetzgebung.

Schluß 4 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der Verhandlung über die Umsturzvorlage.

Politische Rundschau. Deutschland.

Aus dem Reichstage. Die Redner die zur Umsturzvorlage das Wort ergreifen, scheinen es nun unserm Gen. Auer gleichthun und ebenfalls recht lange Reden halten zu wollen. Am heutigen dritten Verhandlungstage der Vorlage wurden nur zwei Reden von Mitgliedern des Hauses gehalten. Vorher gab es freilich noch ein kleines Intermezzo, eine Geschäftsordnungsdebatte, die von den Herren auf der Rechten provoziert war. Die Herren da draußen bemühen sich seit der bekannten Hochverweigerungs-affaire ernstlich, gegen unsere Genossen persönliche Rache zu üben. Sie wollten den Gen. Stadthagen gar zu gern zu einem noch längeren Aufenthalte hinter den schwedischen Gardinen verhelfen, als er schon durch die Fürsorge eines hochbedienten Staatsanwalts gezwungen ist, und widerlegten sich durch den Mund des medlenburgischen Oberlandesgerichtsrath v. Buchka dem Antrag Auer, der die Einstellung eines gegen Stadthagen wegen einer geringfügigen Polizeibeleidigung eröffnete Strafverfahrens verlangte.

Der Reichstag beschloß im Sinne des Antrages Auer; die Konservativen fanden nur bei denen von Stumm für ihren menschenfreundlichen Vorschlag Unterstützung. Darüber darf man sich ja nicht wundern, denn wer die Rede ihres Führers Stumm zur Umsturzvorlage hörte, der mußte die Ueberzeugung gewinnen, daß sich in der Reichspartei die brutalste Reaktion im ganzen Hause verkörpert. Gegen Herrn von Stumm ist ja z. B. der Kreuzzeitungsman Kropotkin der wahre Waisenknecht. König Stumm predigte die Gewalt, dagegen hilft auch nicht seine einschränkende Bemerkung am Schluß der Diskussion. Er wirft Sozialdemokraten und Anarchisten in einen Topf und verlangt ein neues Sozialistengesetz mit nur zwei Paragraphen. § 1. Alle Sozialdemokraten verlieren das „passive und aktive Wahlrecht“. § 2. Alle „Führer“ werden expatriirt. Herr Stumm spielt sich als moderner Doktor Eisenbart auf und leitet die Berechtigung zu solcher Radikalität aus der Annahme her, daß eigentlich alle Sozialdemokraten Verbrecher und Spitzbuben sind. Er wundert sich dann noch, wenn auf der linken Seite kräftige Zwischenrufe folgen und der jetzt sehr nervös aufgeregte Präsident v. Leveyow schüßt den Redner ängstlich davor, daß seine cynischen und frivolen Anschuldigungen mit den ihnen gebührenden Ausdrücken gekennzeichnet werden. In dem satirischen Kampfe, den König Stumm mit Allem was nur entfernt mit dem Sozialismus etwas gemein hat, schont er auch die evangelischen Geistlichen vom Schlage des Pfarrer Naumann und die christlichen Arbeitervereine nicht. Man muß es ihm lassen, darin ist er konsequent.

Zweiter Redner war der Centrumsmann Gröber, der, um seine Opposition gegen die Vorlage zu mildern, mit heftigen Ausfällen gegen unsere Partei begann. Die Rede war vom christlich-katholischen Standpunkt recht geschickt. Besonders schlecht kommen die „freie Wissenschaft“ und die deutschen Professoren dabei weg. Herr Gröber empfahl eine Kommission von 28 Mitgliedern und versprach die Vorlage gewissenhaft zu prüfen. Ihr Schicksal ist damit noch nicht entschieden und aus der Rede der Centrumspartei ging deutlich hervor, daß die Regierung von dieser Partei gar Manches herauszuschlagen kann, wenn sie nur kirchenpolitische Conzessionen macht. Während der Rede des Herrn Gröber verschwanden alle Bundesrathsmitglieder, nur Herr Nieberding blieb zurück, und hielt schließlich noch eine kurze Rede ohne Anhalt. — Es ist bezeichnend, daß man diesem doch untergeordneten Beamten schon zum zweiten Male die Vertretung der so schwerwiegenden Vorlage überläßt. Wo bleibt Herr von Küller? wo Herr von Schönstedt?

Die Polizei und das Sitzenbleiben beim Kaisertoast. Der Federarbeiter, das Organ des deutschfreisinnigen Gewerksvereins der Schumacher und Lederarbeiter theilt ein Vorkommniß mit, das so unglücklich klingt, daß wir die Nachricht nur unter Reserve wiedergeben. In einer öffentlichen Gewerksvereinsversammlung (wo? Red.), in der ein gemischtes Publikum, Leute aus allen Parteien anwesend waren, wählten die Vorstandsmitglieder einen Kaisertoast durch den Vortragenden. Dieser lehnte jedoch das Anstimmeln mit der Bemerkung ab, daß unter einer so vielfarbigen Zuhörerschaft doch einzelne Personen sitzen bleiben und dadurch vielleicht unglücklich gemacht würden. Als nun die Versammlung zu Ende war und die Einberufer in einer Privatunterhaltung das Ergebnis der Verhandlungen besprachen, trat ein Polizeibeamter, ein übrigens ganz charmanter und fein gebildeter Herr, hinzu und sagte schmunzelnd zu dem Vortragenden: Alles war sehr schön, aber beim Schlusswort fehlte ein Hoch auf Seine Majestät; in meiner Nähe saß ein Haufen Sozialdemokraten, die wären sitzen geblieben und da hätte ich mir dann ein paar davon herausgegriffen. — Wenn sich die Sache in der That so zugetragen hat, so würden wir dennoch auf eine Kritik an dem Verhalten des Polizeibeamten verzichten können. Es spräche für sich.

Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe für die Industrie sollen nach der „Schles. Ztg.“ am 1. April in Kraft treten.

Ueber die Arbeiten im königlichen Schlosse theilt der „Vorwärts“ mit, daß 15 Vergolder am zweiten Weihnachtsnachte im Weißen Saale theils von 2—7, theils von 5—10 Uhr gearbeitet haben. Für diese Arbeit erhielten sie einen Stundenlohn von 1 Mk. „Ob durch eine solche Lohnhöhung die Enttheiligung des Feiertages, das Vergehen gegen das dritte Gebot im vornehmsten Gebäude des christlich-monarchischen Musterstaates der Sozial-Reform etwa minder unchristlich geworden ist,“ will der „Vorwärts“ nicht entscheiden.

Umsturzvorlage und Kriminalstatistik. Nach den vorläufigen Mittheilungen, die das Kaiserliche Statistische Amt im neuesten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht, betrug im Jahre 1893 die Zahl der Verurtheilten wegen

Öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze u. oder zu strafbaren Handlungen (§§ 110, 111) 70,
Aufforderung von Militärpersonen zum Ungehorsam (§ 112) 4,
Anbrohung eines gemeingefährlichen Verbrechens (§ 126) 33,
Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten (§ 130) 38,
Verächtlichmachung von Staatsseinrichtungen und obrigkeitlichen Anordnungen (§ 131) 7.

Es sind dies Delikte, auf die es die Umsturzvorlage besonders stark abgesehen hat. Es ergibt sich daraus, daß auf Grund der bestehenden Gesetzgebung schon jetzt Verurtheilungen in nicht unerheblicher Zahl möglich

sind. Bemerkenswerth ist die Zahl der Verurtheilungen wegen „Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten“, insofern, als man hinterher eigentlich nie gehört hat, daß in Folge solcher Anreizungen thatsächlich Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben. Dies würde eher für eine Einschränkung desselben sprechen, wie sie von der Umsturzvorlage beabsichtigt wird.

Wegen Majestätsbeleidigung sind im Jahre 1893 in Deutschland beinahe 600 Personen (591) verurtheilt worden, trotzdem bereits im Jahre zuvor 525 Personen wegen des gleichen Delikts bestraft worden waren! Dies beweist, daß die zum Theil recht hohen Strafen nicht in dem vorausgesetzten Maße abschreckend gewirkt haben, daß mithin Strafparagrafen ein sehr wenig geeignetes Mittel sind, monarchische Gesinnung hervorzurufen da, wo sie nicht vorhanden ist. Die Umsturzvorlage würde daher auch auf diesem Gebiete schwerlich irgend welchen Erfolg zu zeitigen vermögen.

Liebermann und Ahwardt. In seiner Broschüre hinter den Kulissen der Anti-Semiten erzählt der ehemalige antisemitische Redakteur Wilhelm Georg: Im Sommer 1894 schrieb ich an den Parteichef, den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg, und erbat Antwort, ob ich auf einen Angriff Ahwardt's, den nunmehrigen Hospitanten der neuen „einigen“ Anti-Semiten-Partei, antworten sollte. Er schrieb mir zurück: „Les chiens qui aboyent ne mordent pas.“ (Die Hunde, welche bellen, beißen nicht.) „Lassen Sie den fetten Mops bellen!“

Die Leipziger Polizei als Ehrenretter Crispis. Man sollte es kaum für möglich halten, aber es ist wahr: die Leipziger Polizei, der „Hort des Rechts“, hat sich zum Beschützer des größten Hallunken und Verbrechers der Welt, der gegenwärtig die Zügel einer Regierung führt, angeworfen. Sie hat sich zum Vertheidiger der Ehre — Crispi und Ehre? ist das nicht zum Todtlachen? — eines Mannes aufgeworfen, dessen unehrliche, spitzbubenhafte s Treiben aller Welt bekannt ist, und von jedem rechtlich Denkenden verabscheut wird. Ist das nicht haarsträubend? Man höre, wie es kam, daß die Leipziger Polizei zum „Ehrenretter“ Crispis wurde. Unseren Genossen in Leipzig-Ost war die Wortentzicherei durch einen Unterbeamten der Polizei in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost denn doch als „des Guten zu viel“ erschienen, sich richteten deshalb an das Polizeiamt eine Beschwerde, welche aber von demselben mit folgender Begründung abgewiesen worden ist:

B e s c h l u ß
vom 20. Dezember 1894.

In der am 13. dieses Monats hier abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost hat der mit Ueberwachung dieser Versammlung seitens des Polizeiamtes beauftragte Beamte zwei dort aufgetretenen Rednern Herbst und Rüdtern das Wort entzogen, und zwar ersterem als er nach verschiedenen Ausfällen gegen die italienische Regierung die Aeußerung gethan hat:

„Crispi sei ein gewaltthätiger Mensch und schlaue und verschlagen wie Miquel. (Die Leipziger Polizei kann noch nicht einmal Miquel schreiben.) Die Regierung habe weiter nichts gethan, als die Arbeiter durch Ausnahmegeetze geknebelt. Ein Italiener habe dagegen erklärt, mit Ausnahmegeetzen könne jeder Efel regieren. Daß vor Ausnahmegeetzen die herrschende Klasse mehr Furcht habe als die Arbeiterklasse, das habe das Verbot der Phanteon-Versammlung gestern bewiesen.“

Die Wortentziehung im zweiten Falle ist erfolgt, als pp. Rüdtern geäußert hat:

„Es frage sich nur, ob die Kommissionsmitglieder ebensolche Schufte seien, wie Crispi ein Schuft sei.“ Beide Aeußerungen enthalten zweifellos Beleidigungen des italienischen Ministerpräsidenten Crispi, erstere zugleich auch eine Beleidigung des preussischen Finanzministers Miquel und der deutschen Reichsregierung, insofern in den Worten: „Daß mit Ausnahmegeetzen jeder Efel regieren könne.“ die Hindeutung auf die deutschen Verhältnisse und die dem Reichstage jetzt vorliegende sog. Umsturzvorlage handgreiflich ist. Die fraglichen Aeußerungen widersprechen demnach den Strafgesetzen, wobei der Umstand, daß der mitbeleidigte italienische Ministerpräsident nicht deutscher Reichsangehöriger ist, selbstverständlich für die rechtliche Beurtheilung belanglos ist, und es rechtfertigt sich daher in beiden Fällen die geschehene Wortentziehung durch die Bestimmungen im § 9 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850.“

Die Beschwerdeführer wollen sich bei diesem sonderbaren Entscheide nicht beruhigen, sondern an das Ministerium gehen. Was in Sachsen alles möglich ist, ist kaum glaublich. Diese „Ehrenrettung“ Crispis krönt jedoch alle staatsstreicherischen Absichten und Pläne der sächsischen Behörden.

Die orientalische Frage angeschnitten? Offenbar der bekannte Verfasser der Broschüre „Soll Europa kosakisch werden?“ schreibt im „Vorwärts“: „Die orientalische Frage — das läßt sich nicht mehr bezweifeln, — ist von der russischen Diplomatie wieder eröffnet worden. Beim Auftauchen der sogenannten „armenischen Greuel“ erklärten wir sofort, daß hier ein altes Inventarstück der russischen Diplomatie vorliege. Wie Verbrecher sich eine bestimmte Methode des Vorgehens herausbilden, woran sie von geübten Kriminalisten erkannt werden, so auch die

Diplomaten der verschiedenen Länder. Und namentlich die russische Diplomatie hat ihre ganz bestimmten Praktiken, an denen sie seit Menschenaltern hartnäckig festhält. Wenn sie irgend einen Landraub plant, so läßt sie, für gutes Geld, in dem beehrten Landstrich einige Krawalle machen, die zu großen Aufständen zurechtgelen werden, läßt die Freiheit und die christliche Religion unterdrücken, läßt in der ganzen europäischen Presse, soweit diese für Geld zu haben ist — und das ist sehr weit — die fürchterlichsten „Greuel“ aufmarschieren, und bringt allmählig einen solchen „Entrüstungssturm“ hervor, daß sich für das heilige Rußland ganz von selbst die Rolle des Retters und Befreiers ergibt. So sind seit hundert Jahren genau nach der beschriebenen Schablone, sämtliche Türkenkriege eingeleitet worden. Und jetzt wird wieder nach der gleichen Schablone gearbeitet. Von den „armenischen Greueln“ haben wir schon wiederholt gesprochen — sie sind jetzt glücklich so weit gediehen, daß ein großer Theil der europäischen Presse bereits verlangt, Europa müsse sich einmischen, da die Türkei nicht im Stande sei, die christlichen Armenier zu schützen; und verschiedene Zeitungen befürworten sogar schon, daß die betreffenden Theile Armeniens mit der Hauptstadt Erzerum Rußland einverleibt werden sollen.

Zur Ergänzung dieses Bildes dient noch die Thatsache, daß die russischen Truppen in Zentralasien immer weitere Fortschritte machen, und daß sie an den Außenthoren Indiens bereits mit den englischen Vorposten zusammenstoßen. Und auch auf der Balkanhalbinsel genau das alte Treiben. Die stereotype „Völkerhebung“ auf Kreta (Kandia) hat wieder begonnen; in Macedonien schreit alles (für russisches Geld) über die Unterdrückung durch die Türken, und in Bulgarien, das zehn Jahre lang das festeste Bollwerk gegen die russischen Eroberungsgelüste schien, hat der Rubel solche Wunder gewirkt, daß die Regierung im Begriff steht, sich dem russischen Varen in die Arme zu werfen. Der brutale Despot Stambulow war sicherlich nicht unser Mann, aber er verteidigte doch wenigstens die Selbstständigkeit seines Landes, heute ist er nicht bloß gestürzt, sondern auch noch auf dem Weg ins Gefängniß.

Fügen wir hinzu, daß auch in Serbien die russische Strömung wieder stärker geworden ist, so finden wir uns zu dem Urtheil gedrängt, daß die russische Diplomatie sich die Wege gebahnt hat für einen neuen Vorstoß gegen die Türkei und daß der Zusammenstoß zwischen Rußland und England beträchtlich näher gerückt ist.

Sollt der Verfasser vorstehende Zeilen recht behalten, nun so könnten die „internationalen Verwickelungen“ mit Macht den „großen Kladderadatsch“ hervorrufen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Sozialdemokratie in Ungarn beabsichtigt ein neues Mittel der Agitation in Anwendung zu bringen. Infolge der in neuerer Zeit üblichen Praktiken der Polizei, Versammlungen unter den wichtigsten Vorwänden zu verbieten und nachdem die „liberale“ Regierung den bereits angekündigten Entwurf über ein Vereinsgesetz seit 1 1/2 Jahren zu verschleppen beliebt und auch die Forderung der organisierten Arbeiter nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht nur tauben Ohren begegnet, will das Proletariat eine Kraftprobe veranstalten. Zu diesem Behufe wird in nächster Zeit, falls die Vorbereitungen bis dahin beendet werden können, wahrscheinlich an einem Sonntag, eine Volksabstimmung veranstaltet werden, an der jeder Erwachsene, der das zwanzigste Lebensjahr überschritten, ohne Unterschied des Geschlechts theilnehmen und die Frage beantworten soll: „Willst Du das allgemeine geheime Wahlrecht, das freie Vereins- und Versammlungsrecht?“ Zum Zwecke dieser Volksabstimmung sind bereits 300 000 Stück Stimmzettel gedruckt und versendet, und in nahezu 60 Städten und Gemeinden des Landes sind die vorbereitenden Schritte bereits gemacht und die Propaganda für die Abstimmung in vollem Gange. Die Organe der sogenannten öffentlichen Meinung, die Tagesblätter, sind gezwungen, von dieser Aktion der ungarischen Sozialdemokratie Notiz zu nehmen und die Arbeiter erfassen diese Gelegenheit mit feberhaftem Eifer, um einzutreten in die Agitation, direkt für den Stimmzettel und indirekt für die Ziele der Sozialdemokratie. Die Propaganda für die Volksabstimmung nimmt in einzelnen Gegenden ungeahnte Dimensionen an; so wurden seitens der Genossen in Sorbas, einer Dorfgemeinde des Tieflandes, für diese und zwei benachbarte Bauerngemeinden, in welchen die gesammte erwachsene Bevölkerung an der Abstimmung theilnehmen will, allein 9000 Stimmzettel verlangt. Die Bourgeois-Presse findet sich einer ganz neuen Situation gegenüber, sie weiß nicht recht, welcher Art eigentlich die Abwehr sein soll. Der „Bester Lloyd“, das Hauptorgan der ungarischen Hoch-Finanz, brachte sogar einen Auszug aus dem in vielen Tausenden von Exemplaren verbreiteten Manifest, und gab der Regierung einen Wink mit dem Hauptpfahl, indem er schließt: „Falls die Regierung nicht doch noch in letzter Minute die Volksabstimmung verbietet, verspricht diese eine der großartigsten Demonstrationen der Sozialdemokratie zu werden.“ Die jetzige liberale Regierung, welche ihre Demission gegeben, hat zur Verhinderung der Volksabstimmung bisher noch nichts gethan, wohl hauptsächlich aus dem Grunde, weil ihre Herrschaft nur nach Tagen zählt und weil sie keinen Anlaß findet, einer eventuell nachfolgenden konservativen Regierung die Verlegenheiten aus dem Wege zu räumen.

Italien.

Rom. Dem „Popolo Romano“ zufolge soll Giolitti neue wichtige Dokumente entdeckt haben, die er nur dann

zu veröffentlichen beabsichtige, falls es durch den Kampf mit Crispi hierzu gezwungen werden sollte. Die beiden „Ehrenmänner“ kämpfen mit allen Waffen. Giolitti ist aber offenbar durch seine „Papiere“ der überlegene Theil.

Belgien.

Brüssel. Unser Bruderblatt *Peuple* veröffentlicht einen Aussen erregenden Brief mit der Unterschrift mehrerer sozialistischer Soldaten, in dem diese sich über die schlechte Behandlung seitens der Genieoffiziere beklagen.

Liberaler Inquisition. Unser Bruderorgan „*Voornit*“ erzählt in einer seiner letzten Nummern, daß ein Bögling eines von Liberalen geleiteten Waisenhauses in Brüssel sieben Tage Karzer absitzen mußte, weil er das sozialistische Blatt kaufte. Das ist recht liberal! Unerhört jedoch ist die Thatsache, daß in jenem Waisenhause ein eigener „*Tarif*“ besteht, in welchem für das Lesen verschiedener Blätter verschiedene Strafen ausgesetzt sind. So wird der Ankauf oder das Lesen der *kerikalen* und christlich-sozialen Zeitungen mit Karzer von einem bis zu fünf Tagen bestraft. Des Lesens des „*Peuple*“, uneres wackeren Mitstreiters, zieht acht Tage Arrest bei Wasser und Brod nach sich, das des „*Voornit*“ zehn Tage; der Ankauf der sozialistischen Flugblatt-Litteratur wird mit der geradezu unmenschlichen Strafe von 20 Tagen Arrest bei Wasser und Brod bedroht! Und das Schönste noch zum Schluß: die liberalen Blätter dürfen von den Böglingen gelesen und gekauft werden, ohne daß diese dafür bestraft werden.

Frankreich.

Ein neues Panama. Man schreibt aus Paris: Eine Rothwelle treibt die andere. Noch ist der Panama-Skandal nicht verklungen, noch harret der Pressskandal seiner zuchthausgerichtlichen Lösung, und schon wieder ein neuer Skandal. Diesmal betrifft er die Südbahn-Gesellschaft. Ueberall nichts als Hauner und alle zählen zu den „*Strägen der Gesellschaft*.“ Ist Genosse *Naires* auch für 15 Sitzungen von der Kammer ausgeschlossen worden, so hat sein Hinweis auf die Debatte über die Südbahn, wo die Regierung die an der Spitze dieser halbvertrachten, von Baron Reinach gegründeten Unternehmung Stehenden zu schützen versuchte, doch gewirkt. Wollte die Regierung nämlich nicht als Mitschuldige an den dafelbst verübten Gaunereien erscheinen, dann war sie gezwungen, das Geschäftsgebahren der Südbahn-Gesellschaft einer ersten Untersuchung zu unterziehen. Am Sonnabend wurden denn die Kassabücher mit Beschlagnahme belegt und sodann durch den Sachverständigen *Flory*, der auch in der Panama-Affäre als solcher thätig war, einer Prüfung unterzogen. Und das Ergebnis war, daß *Felix Martin*, Direktor der Gesellschaft und Besitzer des Kommandantenkreuzes der Ehrenlegion, *Robin*, Vize-Direktor der Gesellschaft, ehemaliger Kabinettschef im Arbeitsministerium und Besitzer des Ritterkreuzes der Ehrenlegion, der Bau-Unternehmer *André*, verhaftet wurden. Damit dürften aber die Verhaftungen keineswegs zu Ende sein. Denn wie in der Panama-Affäre sollen auch in dieser mehrere politische Persönlichkeiten verwickelt sein. Die Südbahn-Gesellschaft konstituirte sich am 3. Dezember 1885 mit einem Kapital von 25 Millionen, getheilt in 50 000 Aktien zu 500 Fr. Außerdem hat sie allmählig 224808 Obligationen zu 500 Fr. ausgegeben. An Zinsen garantiert ihr der Staat im ersten, 1885 mit ihr abgeschlossenen, Vertrag 5 pCt. Zinsen, im zweiten Vertrag, der in den letzten Tagen der Legislatur von 1889 beschlossen wurde, 4,65 pCt. Zinsen. Wenn trotzdem die Aktien in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte ihres ursprünglichen Werthes zurückgegangen sind, und die Gesellschaft ohne neuen Vertrag mit dem Staat, wie dies Arbeitsminister *Barthou* selbst bekannte, gezwungen wäre, zu liquidiren, so liegt eben der Grund darin, daß es sich bei den Personen, die an der Spitze dieser Unternehmung standen, vor allem darum handelte, ihre Taschen zu füllen. Nehmlich wie Herr *Hebrard* nicht als politischer Leiter des „*Temps*“, sondern als „*Bauunternehmer*“, ohne einen Finger zu rühren, an der Panama-Gesellschaft nahezu anderthalb Millionen „verdiente“, soll nun der verhaftete *André*, ohne auch nur einen Finger gerührt zu haben, an der Südbahn-Gesellschaft ein erkleckliches Sümchen „verdient“ haben; nur mit dem Unterschiede, daß er seinen „*Verdienst*“ mit der Direktion zu theilen hatte. Die Eisenbahnbauten, die dem Namen nach er, und zwar zu einem hohen Preise auszuführen hatte, übergab er Sub-Unternehmern zu einem viel niedrigeren Preise, und die Differenz zwischen diesen beiden Preisen wurde dann zwischen ihm und den Direktoren getheilt. Außerdem soll der Bau einzelner Eisenbahnlinien zu gewissen Wahlzwecken gedient haben, da Baron Reinach, der bis zu seinem Tode Präsident des Verwaltungsrathes war — er endete bekanntlich durch Selbstmord — in der Kammer Freunde brauchte. Daß dieselbe im Regierungslager standen, ist selbstverständlich. Uebrigens bringt man mit diesem neuen Panama auch zwei Abgeordneten in Verbindung und zwar den gegenwärtigen Abgeordneten *Jules Roche* und unseren lieben Freund — *Yves Guyot*. In Bezug auf Letzteren schreibt ein Berliner Blatt: „Man darf auch nicht vergessen, daß Herr *Yves Guyot*, damals Minister der öffentlichen Arbeiten, Baron Reinach's Mann war. Wenn der Untersuchungsrichter sich gelegentlich der Südbahn-Affäre die Mühe geben will, die ministerielle Vergangenheit des Herrn *Yves Guyot* durchzusehen, wird er sich vergeblich bemühen.“ Kurz und gut, es ist alle Aussicht vorhanden, daß die gegenwärtig im *Maças*-Gefängniß befindlichen

Mitglieder der Ehrenlegion bald neue Genossen erhalten, die gleich ihnen lauter Stützen der Gesellschaft, lauter Vertheiliger des Privateigenthums lauter grimmige Sozialistenfreßer sind.

Lübeck und Umgegend.

10. Januar.
Bürgerausschuß. Sitzung vom 9. Janr. 1895. Auf der Tagesordnung stand 1. Wahlvorschläge. 2. Anträge des Senats. 3. Kommissionsberichte. Der erste Senatsantrag fordert die Bewilligung einer Staatsbeihilfe von 600 Mk. jährlich für die erdmagnetische Station für fernere 3 Jahre. Derselbe wurde mitgenehmigt. Antrag 2, betreffend die Ermächtigung der Vorsteherchaft des Heiligengeisthospitals zur Aufforstung weiterer Ländereien auf dem Hofe Falkenhufen, wurde der Mitgenehmigung gutachtlich empfohlen. Es wurde dann die Berathung der am 17. Oktober vorigen Jahres zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesenen Senatsvorlage, betreffend 1) die Feststellung der Grenze der Vororte nach § 19 des Gesetzes vom 17. Dezember 1893. 2) Gesetz über die Anlage von Straßen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten. 3) Nachtrag zum Gesetze vom 15. Juli 1889, betreffend den Ausbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck, aufgenommen. Hierzu lag eine Eingabe verschiedener Bewohner aus Schlutup, Israelsdorf, Trems, Vorwerk, Moisling und Strecknitz vor. In derselben wurde gewünscht, daß die Chausseen in ihrem jetzigen Zustande für anbaufähig erklärt werden; außerdem soll eine mündelmäßige Beleihung der Grundstücke in den Vororten gestattet werden. Der Bürgerausschuß empfahl die Mitgenehmigung der 3 angeführten Vorlagen die unter 2 und 3 jedoch mit verschiedenen von der Kommission bzw. von der Versammlung vorgeschlagenen Aenderungen.

Ein Heilkursus für stotternde Volksschüler (Zahlschulen) beginnt in dieser Woche. Die Theilnahme ist unentgeltlich. Anmeldungen werden noch Freitag Nachmittag in der Berend Schröder'schen Schule, Wahnstraße Nr. 53, entgegen genommen.

Als gefunden sind dem Polizeiamt im Laufe des Monats Dezember abgeliefert und nicht wieder abgefordert: Körbe, Netze, Hüte, Schirme, Armbänder, Brieftaschen, Handschuhe, Brillen, Säcke mit Kartoffeln u. s. w.

Die deutsch-nordische Industrie-Ausstellung soll nach einem Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses am 29. Juni eröffnet werden. Mit dem Ausschreiben der Submissionen wird demnächst begonnen werden. Der Katalog und die Insetrate sind an *Rudolph Mosse* in Berlin vergeben worden. Auch hier zeigt sich wieder das Bestreben große Aufträge für deren Vacantierung doch auch die Lübecker Bevölkerung beitragen muß, nach auswärts zu vergeben. Hoffentlich zeigen die maßgebenden Körperchaften bei der Vergebung der Submissionen etwas mehr „*Patriotismus*“.

Stadttheater. Ein hoher Genuß steht allen Wagnerfreunden insofern bevor, als in der morgigen Aufführung des „*Tannhäuser*“ Herr *Verhäuser* aus *Korkruhe* in der Titelrolle auftritt. Ueber die vorgestrichene Aufführung der „*Walküre*“ folgt ein eingehendes Referat erst morgen, weil der betr. Referent gestern „fern von Lübeck“ weilte und somit seinen Berufsgeschäften nicht obliegen konnte.

Unterschlagung. Ein Arbeiter von hier wurde von einem Klempnermeister wegen Unterschlagung einer Lampe angezeigt.

Schadenfeuer. Dadurch, daß die Streichhölzer nicht genügend vor den Kindern verwahrt wurden, entstand in einem Hause in der Hügstraße ein kleiner Stubenbrand. Den hinzukommenden Eltern gelang es glücklicher Weise, das Feuer im Entstehen zu löschen. Es sind nur einige *Mouleaux*, Gardinen und die Fenster durch das Feuer beschädigt worden.

Gestohlen. Wurde vor einigen Wochen aus einem hiesigen Restaurant eine dort aushängende Flagge in *lübeckischen* Farben.

Ein guter Agitator macht gegenwärtig in den Vorstädten Lübecks die Runde — auch im inneren Theil der Stadt wird er bald erscheinen — der Steuerzettel. Natürlich hatte derselbe große Beunruhigung hervorgerufen, weil mancher sich wie aus den Wolken gefallen vorfand. Aber leider ist nichts dagegen zu machen, der „*Senf*“ muß nun berappt werden. Die Steuerzahler müssen in den sauren Apfel beißen. Bekanntlich hat der Senat unter „freundlicher“ Zustimmung beschlossen: „Zur Ausgleichung des im Staatsbudgets für das Jahr 1894 vorläufig auf den Kapitalfonds des Staates angewiesenen Fehlbetrages zuzüglich des im Nachtragsbudget veranschlagten Fehlbetrages ist innerhalb der ersten drei Monate des Jahres 1895 ein Viertel der für das Jahr 1894 ausgeschriebenen ordentlichen Einkommensteuer zu erheben.“ Und diese Steuern werden jetzt erhoben.

Schöffengericht. Sitzung vom 8. Januar 1895. In 3 Fällen hat sich der Arbeiter *Sch.* von hier des Betruges schuldig gemacht. Von dem Brauereibesitzer *G.* wurde er beauftragt, ein Quantum Glas zu verkaufen. Er verkaufte dasselbe für 5,80 Mk., lieferte aber das erhaltene Geld nicht ab. Bei dem Kaufmann *Sch.* entnahm er Waaren im Werthe von ca. 6 Mk., bezahlte aber dieselben nicht. Endlich miethete er sich bei dem Drechslermeister *G.* ein Logis und verschwand auch hier unter Hinterlassung von Schulden. Der Angeklagte war geständig und wurde daher nur in eine Gesamtstrafe von 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. — Wegen Uebertretung des § 116 des Strafgesetzbuches hatte sich der

Sattlergeselle L. zu verantworten. L. befand sich in einem Menschenauflauf, der sich um einen Beträgenen gebildet hatte. Der Aufforderung eines Schutzmannes, auseinander zu gehen, leisteten die Beteiligten, außer L., sofort Folge. L. wurde hierauf von dem Schutzmann noch mehrere Male persönlich aufgefordert, sich zu entfernen. Er leistete aber auch jetzt nicht Folge und wurde daher sistirt. Der Staatsanwalt hält die Bestimmungen des § 116 des St.-G.-B., Nichtfolgeleistung der bewaffneten Macht bei Aufläufen u. s. w., auf den Angeklagten für anwendbar und beantragt 14 Tage Gefängniß. Das Gericht jedoch verurtheilte den Angeklagten, unter Berücksichtigung seiner bisherigen Unbescholtenheit, in eine Geldstrafe von 10 Mk. ev. 3 Tage Haft. — Auf der Herberge zur Heimath wurde der Tischlergeselle H. von dem Tischlermeister L. aus Schattin zur Arbeit engagirt. L. bezahlte für H. Mittagessen mit 35 Pfg. und gab ihm außerdem 1 Mk. Vorschuß. Als sich L. dann Nachmittags mit seinem neuen Gesellen auf dem Wege nach Schattin befand, verschwand dieser plötzlich. Der Angeklagte giebt zu, zurückgeblieben zu sein. Er will jedoch nicht die Absicht gehabt haben, sich der Arbeit zu entziehen, sondern nur ausgetreten sein, und dann den Meister verloren haben. Der Gerichtshof gewann nach der Aussage des Zeugen L. die Ueberzeugung, daß H. absichtlich zurückgeblieben war und verurtheilte ihn wegen Unterschlagung zu 1 Woche Gefängniß. — Wegen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung hatte die Ehefrau F. einen auf 2 Mk. lautenden Strafbefehl erhalten und gegen denselben Einspruch erhoben. Da durch die Zeugenansage die Uebertretung erwiesen wurde, wurde die Angeklagte in eine Geldstrafe von 2 Mk. und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. — Wegen Trunkenheit ist der Arbeiter M. schon mehrfach vorbestraft. Auch jetzt hatte er eine auf 4 Wochen Haft lautende Strafvorverfügung erhalten, gegen dieselbe aber Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde jedoch als unbegründet verworfen. — Wegen Sachbeschädigung hatte sich der Handelsmann St. zu verantworten. St. hatte am 11. Dezember 94 in dem Hause des Buchbinder M. 2 Scheiben vorzüglich zertrümmert. Er wurde dafür in eine Geldstrafe von 10 Mk. ev. 3 Tage Haft verurtheilt. — Mit einem Kerze wurde der Knabe R. bestraft. Er hatte versucht, bei dem Kaufmann L. einen Abreißkalender im Werthe von 50 Pf. zu entwenden. — Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich der Flusschiffer D. zu verantworten. Der Hund des D. hatte am 9. Dezember den Knaben K. gebissen. Die Anklage behauptet, daß D. den Hund auf den Knaben gehen ließ. Da aber die Beweise hierfür durch die Verhandlung nicht erbracht werden, wurde der Angeklagte freigesprochen. — Ein

Betruges soll sich der Maler N. aus Flensburg dadurch schuldig gemacht haben, daß er am 4. September 1894 unter unwahren Angaben bei dem Kaufmann F. in Schwartau eine Kiste Zigarren auf Kredit entnahm. F. beauftragte ihn, bis zum Abend entweder die Zigarren oder das Geld, im Betrage von 4 Mk., abzuliefern. N. bezahlte die Zigarren jedoch erst am 12. September. Das Gericht nahm an, daß die Absicht des Betrages nicht vorgelegen habe und sprach daher den Angeklagten frei. — Wegen eines Diebstahls und 2 Betrugsfällen wurde gegen den Steinhauer H. ebenfalls in seiner Abwesenheit verhandelt. Derselbe soll der Frau W. B. ein Hemd und ein Paar Strümpfe entwendet und dieselbe Frau außerdem noch um 5 Mark Logisgeld beschwindelt haben. Einem weiteren ähnlichen Logiswindel machte er sich bei der Frau K. in der gr. Petersgrube schuldig. H. hatte auf beiden Stellen angegeben, daß er Steinhauermeister sei und hier eine Anzahl Gesellen beschäftige, war dann aber, nachdem er Vorschüsse erhalten, durchgebrannt. H. ist anderweitig vernommen worden, und hat dort die beiden Betrugsfälle zugegeben, jedoch den Diebstahl bestritten. Da auch in dieser Verhandlung der Diebstahl nicht erwiesen wurde, erfolgte bezüglich desselben Freisprache. — Wegen der beiden Betrugsfälle wurde er zu 5 Wochen Gefängniß verurtheilt. — Dumme Jungenstreiche haben die Knechte B. B., J. D., B. W. und die Gebrüder Hermann und Heinrich W. ausgeführt. Sämmtliche Angeklagte waren in Pöppendorf bedienstet und machten sich im November v. J. mehrerer Sachbeschädigungen, eines Hausfriedensbruches und ruhestörenden Lärmes schuldig. In der Nacht vom 8. auf den 9. November lehrten dieselben auf dem Hofe des Hufners Sch. in Teutendorf einen Wagen um und machten an den Fenstern der Mädchenkammer Lärm. Außerdem beschädigten sie eine Einfriedigung des Sch. und mehrere Schlagbäume des Hufners R. aus Teutendorf. Am 10. November Abends drangen sie in das Viehhans des Hufners St. in Rücknig. In der Nacht vom 12. auf den 13. November wurde in Zwendorf ruhestörender Lärm verübt und mehrere an der Lübeck-Travemünder Chaussee belegene Schlagbäume der Hufner B. und J. aus Zwendorf beschädigt. Die Angeklagten sind durchweg geständig an den Handlungen mehr oder weniger theilhaftig gewesen zu sein. Es fehlte der Angeklagte Herrmann W. Der Staatsanwalt glaubte zunächst die Frage, ob die Angeklagten W. D. und B., welche erst nach den Vorfällen das 18. Lebensjahr vollendeten, die nöthige Einsicht von der Strafbarkeit ihrer Handlungen gehabt haben, bejahen zu müssen. Er beantragte jedoch gegen B. und J., welche an den Vorfällen am 8.—9. und 12.—13. November theilhaftig

waren, wegen Sachbeschädigung und Ruhestörung in 2 Fällen in 5 Wochen Gefängniß. Gegen B. und Heinrich W., welche an den Vorfällen am 8.—9. und 12.—13., und dem Vorfall am 10. theilhaftig waren, wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch je 3 Wochen und 3 Tage Gefängniß. Gegen D. und W., welche an allen 3 Fällen theilhaftig waren, wegen zweier Sachbeschädigungen, eines Hausfriedensbruches und ruhestörenden Lärmes je 6 Wochen Gefängniß. Gegen P., welcher an den Vorfällen vom 8.—9. und 10. November theilhaftig war, am 10. November aber außerdem noch den Knecht G. mit einem Stocke körperlich mißhandelte, wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruches eine Gesamtstrafe von 7 Wochen Gefängniß. Das Gericht schloß sich sowohl in Bezug auf die Einsichtsfähigkeit der drei Benannten, wie auch in Bezug auf die Strafzumessung dem Staatsanwalt an und verurtheilte die Angeklagten zu den oben ausgeführten Strafen. — Auf Rechnung ihrer früheren Herrschaft ließ sich das Dienstmädchen L. in einem hiesigen Schuhwarengeschäft ein Paar Schuhe im Werthe von 3,50 Mark geben. Sie wurde wegen Betruges zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Wegen Bettelns wurde gegen den Tischler K. und den Lackirer W. auf 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt.

Briefkasten.

B. C. Wir können Ihr Eingekampt, trotzdem wir in Bezug auf die von Ihnen aufgeworfene Frage Ihre Ansicht voll und ganz theilen, nicht abdrucken. Wir glauben auch, daß das, was die Adler-Bräuerei in dieser Beziehung thut, die Haus-Bräuerei erst recht thun könnte. Hoffentlich wissen die theilhaftigen Kreise ohne ein Eingekampt, wie sie sich zu verhalten haben. — Im übrigen könnte der Inzeratenthalt unseres Mattes von den Genossen mehr berücksichtigt werden.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:	
Mittwoch, den 9. Januar 1895.	
8,40 U. B. D. Rosenburg, Edth, von Neucastle in 3 Tg.	
8,45 U. B. D. Nuffa, Kohnhosen, von Horsens in 16 St.	
12,25 U. B. D. Falke, Ehler, von Fehmarn in 4 Stb.	
12,25 U. B. D. Vore, Bestow, von Calmar in 26 Stb.	
Donnerstag, den 10. Januar.	
3,15 U. B. D. Augusta, Wörberg, von Smögen in 44 Stb.	
4,15 U. B. D. Lybed, Pullman, von Kopenhagen in 12 Stb.	
9,— U. B. D. Otto, Aberg, von Marstrand in 36 Stb.	
Abgegangen:	
Mittwoch, den 9. Januar 1895.	
8,55 U. B. D. Hübenschau, Tomien, nach Marstrand.	
7,20 U. B. D. Jarl, Oberg, nach Smögen.	
4,20 U. B. D. Fern, Glan, nach Smögen.	
7,30 U. B. D. Dragbr, Tjerning, nach Höltebörg.	
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,58 E. D. schwach.	
Schiffsbewegung in der Ostsee.	
D. Alpha ist am 9. Januar von Alab nach Libau abgedampft.	

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Familien-Nachrichten.

Verlobte.
Caroline Muxfeldt
Franz Kliefs
Lübed.

Verstärkt.
Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden hoch erfreut
H. Thode u. Frau
geb. Clasen.

Geschäfts-Anzeigen.

Barthie gebr. Caffee,
Pfund 1 Mk.
(bei Abnahme von 5 Pfd. billiger), empfiehlt
August Vietig
45 Fischergrube 45.

Beste frische Butter, Pfd. 105 und 110 Pf.,
frische Eier, 9 Stück 60 Pf., 19 Stück 120 Pf.,
geräucherter Landmettwurst, Pfd. 100 Pf.,
dicken fetten Speck, Pfd. 70 Pf.,
Griebenschmalz, sehr schön schmeckend, Pfd. 60 Pf.
große Parthie sehr gute Pflanzen, Pfd. 10 Pf.
empfiehlt
J. F. D. Götke,
Kupferstr. 7.

Prima echte Sprossen
Prima Fett-Büdlinge
(Alles in ganz frischer Waare)
empfiehlt
Wilhelm Koch, Rosenstraße.
NB. Besonders schön zum Versandt.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Friedr. Meyer & Co.

Öffentliche
Volks-Versammlung
am **Donnabend den 12. Januar cr.,**
Abends 8 1/2 Uhr,
in den **Central-Hallen, Dankwartsgrube**
Tages-Ordnung: **Die Umsturzvorlage.**
Referent: Herr Th. Schwartz.

Der Einberufer.
Um möglichst Allen Gelegenheit zu geben, die Versammlung besuchen zu können, wird höflichst ersucht, sonstige Versammlungen am **Donnabend** Abend ausfallen zu lassen.
D. D.

Der Neue Welt-Kalender
ist wieder eingetroffen.
Expedition des „Lübecker Volksbote“.

Vermischtes.
Wir gratuliren unserem Kollegen **Hugo Beth** zu seinem Geburtstage und bringen ihm ein bounerndes Hoch!
Ob he sic woll wat marfen lett?
August Vietig liefert vorzügliche gebr. Caffees, worauf b. Hausfrauen aufmerksam gemacht werden.
Küch. 45
Eine geübte Plätterin für seine Wäsche wird gesucht.
An der **Mauer 82.**
Gesucht tüchtige **Brodträger** bei gutem Verdienst.
Neue Meierstr. 39, b. d. Hanfstraße.

Waschfrau gesucht.
Bernh. Amter, Königstraße 116.
Zu verm. zum 1. April eine fl. Wohnung an einzelne Leute. Miethepreis 110 Mk. Näheres Hundestraße 58.
Zu verm. zum 1. April eine abgechl. Etage von 3 Stuben, Küche, Speisekammer, Keller und Boden. Miethe 220 Mk. Näheres Ludwigstr. 15.
Zum 1. April eine Stube nebst Boden an eine Frau zu vermieten. Preis 50 Mk. Kahlhorststraße 33.
Ferkel zu verkaufen. Borbeckstr. 23.
Ferkel hat abzugeben
C. Frosch, Holländer, Borsabe.
Ein Ziehhund zu verkaufen.
Woislinger Allee 152.

Jahres-Abrechnung v. 1894
der
Schweine-Versicherung-Gilde
Vorstadt St. Gertrud.

Einnahme:

Kassenbestand war am Schlusse des Jahres 1893	353,47 Mk.
An Beiträgen gingen ein	309,60 "
An Strafen gingen ein	38,— "
Aufnahme neuer Mitglieder	48,— "
Für Statuten	7,20 "
Ueberschuß von zwei Vergütungen	120,— "
Für von der Gilde übernommene Schweine vereinnahmt	96,55 "
Zinsen	19,70 "
Eine Kaffette verkauft	0,90 "
Summa	1003,42 Mk.

Ausgabe:

An Schaden wurde bezahlt	777,40 Mk.
Veranschlagt für Kassen, Stempel u. Kaffette	25,— "
An's Polizeiamt	2,10 "
Unkosten am Stadt- und Landamt	2,60 "
Versammlunge des Vorstandes	19,— "
Inserate	7,— "
Protokoll vom Stadt- und Landamt für Schweine-Transport u. Schlachthaus-Gebühren	4,20 "
Papier, Bücher und Briefe	2,70 "
Ein Statut zurückbezahlt	0,15 Mk.
Für Kassirer	8,— "
Summa	850,55 Mk.

Einnahme 1003,42 Mk.
Ausgabe 850,55 "
bleibt Kaffe 152,87 Mk.

Am Jahres-Schlusse 1894 betrug die Mitgliedszahl 128.
An Schweinen waren versichert:
im 1. Quartal 169
im 2. " 171
im 3. " 228
im 4. " 298
Summa 861.

Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.
Freitag den **11. Januar:**
Außer Abonnement. (Kein Freitag-Abonnem.)
Anfang 7 Uhr.
Gastspiel des Großherzoglichen Hofopernsängers
Herrn Emil Gerhäuser
von Karlsruhe.
Lohengrin
1. Rang-Loge u. Balkon 4 Mk., 1. Parq. 3 Mk.,
2. Rang-Balkon und 2. Parquet 2 Mk.

Ein amtliches Zeugniß über deutsche Kolonialpolitik.

Ein vertrauliches Aktenstück, das berechtigtes Aufsehen erregt und im Reichstage sicher von unseren Vertretern zur Sprache gebracht werden wird, über deutsche Kolonialpolitik veröffentlicht die „Wiener Arbeiterzeitung“.

Vor uns, schreibt sie, liegt ein amtliches Schreiben der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und an die Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika, betreffend einen Konflikt, in den die beiderseitigen in der Kolonie stationirten Beamten gerathen sind. Die Sache ist kurz folgende: Das kaiserliche Bezirksamt in Dar-es-Salaam plant den Bau eines Weges von Tanga nach Segä. Dem widersetzten sich die beiden Aktiengesellschaften oder, wie das Reichsamt behauptet, einzelne Beamte derselben, welche mit „Benützung der Presse“ drohen. Von diesen „Pressegitationen“ sucht nun das erwähnte Schreiben jeden Beamten abzuschrecken; es lautet wörtlich:

Auswärtiges Amt,
Kolonialabtheilung.

Berlin, den 28. Oktober 1894.

An die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und die Eisenbahn-Gesellschaft für Deutsch-Ostafrika (Ujambara-Linie).

Hier.

K 15103

52767

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und die Eisenbahn-Gesellschaft für Deutsch-Ostafrika (Ujambara-Linie) benachrichtige ich im Anschluß an meinen Bescheid vom 17. dieses Monats ergebenst, daß inzwischen über den seitens der Behörden des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes geplanten Wegebau von Tanga nach Segä amtliche Nachrichten hier eingetroffen sind. Einen von dem kaiserlichen Bezirksamt zu Tanga in der Angelegenheit erstatteten, von dem kaiserlichen Gouverneur in Dar-es-Salaam eingereichten Bericht vom 3. v. M. füge ich zur gefälligen vertraulichen Kenntnißnahme in Abschrift ergebenst hier bei. Nach den darin enthaltenen Darlegungen erscheint die Befürchtung, als stehe durch den geplanten Weg von Tanga nach Segä der im Bau begriffenen Eisenbahnlinie eine ihren Interessen abträgliche Konkurrenz bevor, unbegründet. Abgesehen hiervon aber geht aus dem anliegenden Bericht hervor, daß der Plan eines Straßenbaues von Tanga nach Segä mit voller Zustimmung des mit der Wahrnehmung der Interessen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft betrauten Herrn Winter in Tanga entstanden ist. Ja, der letztere hat nach Inhalt des Berichtes eine Gefährdung der ihm anvertrauten Gesellschaftsinteressen durch den geplanten Wegebau so wenig befürchten zu sollen geglaubt, daß er eine finanzielle Beteiligung der von ihm vertretenen Gesellschaft an den Kosten des Wegebauens in Aussicht gestellt hat. Diesem Verhalten des berufenen Vertreters der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft gegenüber steht der von den beteiligten beiden Gesellschaften unter dem 21. Dezember gemeinschaftlich erhobene Protest

in einem so unvermittelten und auffallenden Widerspruch, daß derselbe jedenfalls einer gründlichen Aufklärung bedarf.

Mit peinlichem Bestreben habe ich aus dem anliegenden Bericht ersehen, daß gewisse, darin namentlich bezeichnete lokale Vertreter der beiden Gesellschaften, welche Grund zur Beschwerde über Anordnungen der kaiserlichen Behörden des Schutzgebietes zu haben glauben, anstatt diese Beschwerden auf dem ordnungsmäßigen Wege der Berichterstattung an die ihnen vorgesetzten Gesellschaftsdirektionen zum Austrage zu bringen, mit Benutzung der Presse gegen die ihnen unerwünschten behördlichen Anordnungen gedroht haben. Ich behalte mir vor, behufs Sicherstellung der Behörden des Schutzgebietes gegen derartige, ein gedeihliches Zusammenwirken der Regierungs- und Gesellschaftsorgane gefährdende Presse-Agitationen und deren Urheber die geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, und hoffe dabei auf die Unterstützung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und der Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika rechnen zu können. Bevor ich in dieser Beziehung sowie wegen Abwendung der Seitens der verschiedenen Gesellschaftsorgane gegen die Negerbevölkerung begangenen Ausschreitungen Weiteres veranlasse, sehe ich zunächst einer gefälligen Aeußerung der beiden Gesellschaften über die vorstehend berührten Fragen, insbesondere aber über die Stellung entgegen, welche dieselben zu dem bedauerlichen Verhalten eines Theiles ihrer Organe im Schutzgebiete gegenüber den Maßnahmen der kaiserlichen Verwaltung einzunehmen gedenken.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kaiser.

Weit interessanter ist aber die Beilage, der Bericht des Bezirksamtsmannes Rechenberg an das kaiserliche Gouvernement in Dar-es-Salaam. Es beginnt folgendermaßen:

Abschrift 15103.

Tanga, den 3. September 1894.

Dem kaiserlichen Gouvernement beehre ich mich gefälligst zu berichten, daß nicht allein der Eisenbahndirektor Bernhard, sondern auch der Leiter der Plantage Ngueb, Nowehl, gegen die Anlage des Weges nach Segä zu protestiren beabsichtigen, und wie die Benannten selbst geäußert haben, bereits mit Reichspostdampfer „Kanzler“ diesbezügliche Zeitungsartikel nach Deutschland gesandt haben. Den angeblichen Grund zu diesem Vorgehen bildet für den Eisenbahndirektor die befürchtete Konkurrenz dieses Weges, für den Plantagenleiter Nowehl die angebliche Entziehung von Tagelöhnern von der Plantage.

Der Bericht führt dann aus, daß die Bahn keine Konkurrenz zu befürchten habe, vor allem, weil sie noch lange nicht fertig sei. Vielmehr seien ganz gewöhnliche Geldinteressen des Nowehl im Spiele, der mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in einem Gesellschaftsverhältnisse stehe und hoffe, daß, wenn diese für einen anderen Wegebau als den vom Gouvernement geplanten einen Zuschuß erhalte, er einen Theil seiner Einlage zurückerhalten könnte.

Noch energischer wendet sich das Gouvernement gegen den Vorwurf, durch den Wegebau kämen die Plantagen um ihre Arbeiter, und hier fängt der Bericht an, für uns erst recht interessant zu werden. Die Stelle lautet wörtlich:

wildes Thier rüttelte ich an den Eisenstäben meines Kerkersfensters. Dann verfiel ich in eine dumpfe Betäubung, eine Gleichgültigkeit gegen Alles in der Welt bemächtigte sich meiner, die ich vergebens abzuschütteln versuchte. Was sollte ich noch in dieser Welt, was fesselte mich denn noch an mein Dasein, da sie nicht mehr war, an welcher mein Herz mit leidenschaftlicher Liebe hing?

Ich hatte keine Hoffnung mehr, meine Freunde am Leben war. Nur einen Wunsch hatte ich noch, einmal noch wollte ich am Grabhügel meines todtten Mütterleins knien und dann sterben.

Endlich schlug die Stunde, in welcher sich mir die Pforten des Gefängnisses öffneten. Der Gefängnißgeistliche, welcher mich hin und wieder in meiner Zelle besucht hatte, überreichte mir vor meinem Austritt einen Brief Deines Vaters, mit der Aufforderung, mich ihm vorzustellen. Noch heute weiß ich nicht, was Deinen Vater zu dieser edlen That bewog, die mich dem Leben wiedergab. Spät am Abend, unter dem Schutze der Dunkelheit kam ich in meinem Heimathstädtchen an und durchwachte die Frühlingnacht an meiner Mutter Grab, weinend und betend . . . dann flog ich meiner neuen Heimath zu.“

Ich habe Dich austreden lassen, Paul,“ begann das junge Mädchen, „und will Dir meine Meinung nicht verhehlen.“

Es klang so kühl und geschäftsmäßig, so ganz wie man es von der Tochter eines namenstolzen Kaufmannshaus erwarten darf. Paul wurde durch den Ton dieser Stimme eilig berührt, — er wußte ja nicht, daß heiße Liebe sich oftmals unter einer kalten Außenseite verbirgt, wie die glühende Lava des Aetna unter einer Schneedecke.

„Die von Herrn Nowehl befürchtete Entziehung von Plantagearbeitern ist durch den Wegebau nicht veranlaßt. Die Wegearbeiter erhalten 16 Pesa täglich, Männer sowohl wie erwachsene Weiber, Kinder werden nicht beschäftigt. Auf der Plantage Ngueto erhalten eingeborene Monatsarbeiter 10 bis 15 Rupien monatlich, außerdem 8 Pesa täglich; Tagelöhner erhalten Männer 20, Weiber 16, Kinder von 10 bis 14 Jahren 10 Pesa täglich. Ein Vergleich dieser Sätze ergibt, daß die Arbeiter auf der Plantage Ngueto, trotzdem manche eine Stunde länger als beim Wegebau beschäftigt sind (manche aber auch kürzere Zeit) pekuniär besser gestellt sind. Wenn die Plantage Ngueto keine Arbeiter hat, so liegt dies an Fehlern der Leitung. Nach Aussagen von Angestellten sind die Wohnungen für die Japanesen und Chinesen gut, dagegen sind die der Neger nicht genügend eingerichtet, um die an ein wärmeres Klima gewöhnten Neger gegen die rauhe Witterung in den Ujambara Bergen zu schützen. Die Hauptschuld trägt aber meines Erachtens die unvernünftige Behandlung der Leute. Klagen der Neger über erlittene, oft recht rohe Mißhandlungen sind nichts Seltenes.“

Zur Zeit liegt mir ein auf dem Bezirksamt Pangani aufgenommenes Protokoll vor, worin sich drei entflozene Arbeiter darüber beschwerten, daß sie, als sie wegen Müdigkeit mit dem Baumfällen pausieren wollten, von Herrn Nowehl mit dem Revolver bedroht wurden. Derartigen Vorgängen gegenüber befinde ich mich in einer schwierigen Lage; während ich als Richter dieselben verfolgen soll, muß ich als stellvertretender Bezirksamtsmann sehen, daß die Verfolgung der Sache der Plantage unberechenbaren Nachtheil bringen muß. Ähnliche Zustände herrschen bei der hiesigen Eisenbahn, wo die Arbeiter sehr viel höhere Löhne beziehen.

In einem für fränke Eingeborene eingerichteten Raum der Vana befindet sich jetzt ein geisteskranker Eisenbahnarbeiter. Derselbe hat sechs bis auf die Knochenhaut gehende Wunden am Kopfe und ist an Rücken und Arm mit Striemen bedeckt. Diese Wunden hat der Geistesranke, weil er sich in das Eisenbahndirektionsgebäude begeben hatte, von dem Lokomotivführer Kohlip erhalten; die eingeleiteten Erhebungen müssen noch ergeben, ob der Direktor Bernhard persönlich an den Mißhandlungen theilhaftig ist, und ob Kohlip, wie in der Stadt behauptet wird, auf Befehl des Direktors geschlagen hat. Ein anderer Eisenbahnangestellter ist neulich wegen Mißhandlungen zu einer Geldstrafe, ein dritter, der in die Häuser der Eingeborenen zur Nachtzeit eindrang, um sich Weiber zu holen, zu Gefängniß verurtheilt worden. Daß da, wo derartige Notheiten vorkommen, die schwarzen Arbeiter nicht verbleiben, bedarf wohl keiner Erörterung.“

Das alles erzählt der kaiserliche Bezirksamtsmann seinem Gouverneur, um dem Kolonialamt das „Material zur Widerlegung der in Aussicht stehenden Zeitungsartikel“ des Nowehl zu ermöglichen. Wenn er sagt, daß dieser Viebermann Butter auf dem Kopfe habe, dürfen wir ihm ohne Weiteres Glauben schenken. Aber in seinem Eifer gegen den Plantagenleiter wird der Herr

„Ich weiß nicht, wie mein Vater über Dein Vergehen urtheilt, ich weiß auch nicht, ob sein strenger Rechtheitsbegriff dasselbe für unsühnbar hält . . . ich für meine Person halte es Deiner unerfahrenen Jugend zu Gute, daß Du schwach genug warst, bösen Einflüsterungen Gehör zu geben und Dich an fremdem Eigenthum zu vergreifen. Aber Du hast Deinen Fehltritt hart genug gebüßt und Deine Schuld durch langjährige Ehrenhaftigkeit gesühnt. Und darum —“ mit fieberhafter Spannung hing er an ihren Lippen, um sein Urtheil davon zu lesen — „und darum finde ich keinen Grund, Dir meine Liebe und Achtung zu entziehen.“

Er starrte sie an wie geistesabwesend, ihre ruhig gesprochenen Worte klangen an sein Ohr wie ferner Wellenschlag. Wachte er oder war es Trug? Langsam zog sie ihn zu sich empor.

„Ich habe Dich lieb, Paul. Mag auch . . .“
Weiter kam sie nicht. Mit einem jubelnden Aufschrei flog er in ihre Arme.

„Anita!“

Sie zitterte in seinen Armen, ihr Köpfcgen ruhte an seiner Brust. Minutenlang blickten sie sich wortlos in die Augen und in diesem Blicke, der von Seele zu Seele drang, lag ein Gelübniß ewiger Liebe. Ihre künstlich aufrecht erhaltene Ruhe war dahin, aus ihren großen, braunen Augensternen rannen Freudenthränen. Mit wonnigem Entzücken sah er auf die holde Mädchengestalt hernieder, er küßte ihr blondes Haargelock und die weiße, noch unentweichte Mädchenstirn, er küßte die Thräne vom Auge und die lieben Hände führte er mit ehersuchtsvoller Scheu an seine Lippen. Es war ihm, als ob er ein Königskind in seinen Armen halte, ein köstliches Kleinod, dessen er nicht werth sei. Das ist ja der Grundzug

Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(14. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

In der Kleidung eines jungen Seemannes trat ich einige Tage später in Kiel an's Land. Der Eisenbahnzug, welcher mich zu meiner Mutter bringen sollte, war bereits auf der vorletzten Station angelangt, als plötzlich ein Polizeibeamter in mein Coupé trat und mich für verhaftet erklärte. Ein Geschäftsfreund meines Prinzipals, welcher sich mit mir im Zuge befand, hatte mich trotz meiner Verkleidung erkannt und meine Verhaftung veranlaßt. Zum Tode erschrocken vermochte ich kein Wort hervorzubringen, in meiner Betäubung ließ ich Alles willenlos mit mir geschehen. Nur um die eine Begünstigung bat ich, meine Mutter sehen zu dürfen — vergebens. Man führte mich nach Danzig in Untersuchungshaft, und einige Wochen später wurde ich zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren verurtheilt.

Was ich in dieser Zeit gelitten, weiß nur Gott allein . . . ich vermag es nicht zu schildern. Reue, Verzweiflung, Wahnsinn, Haß und Nachsicht wohnen hinter jenen Mauern, die mich zwei Jahre lang eingeschlossen. Zuweilen, wenn ich in meiner einsamen Zelle bis zur Ermüdung auf und ab ging, kam mir Alles wie ein böser Traum vor . . . nur ein energisches Aufrütteln des Geistes — so schien es mir — und der Traum war zu Ende.

Und dann traf mich der herbste Schmerz meines Lebens — der Tod meiner Mutter. Als ich diese Kunde erhielt, deckte bereits der Rasen ihr sterblich Theil. Wie ein Wahnsinniger ging ich in meiner Zelle umher, wie ein

Bezirksamtmann geschäftig, und da er sich mit seinem Chef allein glaubt, erwähnt er als ganz selbstverständlich Dinge, die sonst als Geschäftsgeheimnis des Reichsamtes ängstlich verschwiegen werden. Die entsetzlichen Brutalitäten, die er schildert, bedürfen nicht erst einer Besprechung, aber „die schwierige Lage“ des Beamten, das ist der wichtigste Punkt. Als Staatsbeamter führt er die Geschäfte des Staates und übt zugleich die richterliche Gewalt aus. Der Staat als Richter soll die Greuel streng bestrafen, der Staat als Geschäftsmann wünscht nicht, die Direktoren der Eisenbahnen ins Gefängnis zu werfen, und fürchtet „unberechenbaren Schaden für die Sache der Plantagen“, wenn durch die Verfolgung der Sache die Autorität gefährdet und die Gewaltthätigkeit der Beamten sowie die schlechte Unterthätigkeit der Arbeiter rüchbar werden. In dem Konflikt zwischen Justiz und Geschäft siegt natürlich — das Geschäft, und erst die Furcht vor den Zeitungsartikeln des Wiedermannes Nowohl bringt den Amtmann dazu, gehörigen Bericht zu erstatten. Wie sollte er auch? Weiß er doch, daß bei Weitem milder als er seine Vorgesetzten solche Dinge beurtheilen; er hat den Eisenbahngesetzten solche Dinge beurtheilt in die Häuser der Eingeborenen einbrach, „um sich Weiber zu holen“, mit Gefängnis bestraft. Der Disciplinarrath in Berlin hat den Kollegen jenes Wüßlings, den Kanzler Leist, der sich die „Weiber holen ließ“, nur mit Versekung und Gehaltsreduktion bestraft. Der Bezirksamtsleiter kennt also den Geist, der in Berlin herrscht, ganz genau, und er weiß, daß er alles — Widrige, was in der Kolonie verübt wird, mit dem Mantel der christlichen Liebe zu bedecken verpflichtet ist, um der „Sache der Plantagen“ willen.

Die Kolonialpolitik zeigt den Klassenstaat in adamitischer Nacktheit. Und das ist der Staat, der Ausnahmegeetze schafft gegen die Umstürzler, der Staat, der sich berufen sieht, die Heiligthümer der Kultur, der Religion, Ehe und Familie zu schützen gegen die Sozialdemokratie. Raub, Mord und Schändung duldet er in Afrika um „der Sache der Plantagen“ willen.

Soziales und Partei-Leben.

Unsere württembergischen Partigegenossen haben ihre Kandidatenliste für die kommende Landtagswahl schon fertig gestellt. Sie sind die ersten auf dem Plane. Karl Klotz kandidirt in Stuttgart-Stadt. Aufgestellt ist ferner Georg Baffler in Stuttgart-Land, Gemeinderath Glaser in Cannstatt, Redakteur Tauscher in Ludwigsburg, Schriftsteller Stern in Heilbronn-Stadt, Gastwirth Schlegel in Eßlingen. Schreiner Reichardt in Göppingen.

Der Streik der Former bei Heidmann und Wallenstein in Weibert dauert unverändert fort.

Mannheim. Die Beschäftigung der Arbeitslosen ist im vollen Gange. 240 Arbeiter haben sich nach der „L.-B.“ bereits zum Steinlagen gemeldet, wovon 185 zur Beschäftigung zugelassen werden. Bayern werden überhaupt zu den Nothstands-Arbeiten nicht zugelassen, sowie jeder Arbeiter, der noch nicht zwei Jahre hier ansässig ist. Die Zahl der sich Meldenden nimmt fortwährend zu. Vergleicht man den äußerst geringen Ver-

echter Liebe: Die Erkenntniß eigener Unwürdigkeit und die felsenfeste Ueberzeugung von dem unermesslichen Werth der Geliebten.

Und dann fanden sich ihre Lippen und ruhten lange zitternd auf einander.

Und wie der Kuß, welcher Doraröschens Zauberschlaf löste, so war auch hier der Kuß des geliebten Mannes von wunderbarer Wirkung. Er löste den Bann, welcher die jungfräuliche Maid empfangen gehalten, und jetzt lobte die heiße Liebesgluth hervor, welche im Herzen der Jungfrau geschlummert. Und in dieser wonnigen Stunde erfuhr der Geliebte zum ersten Male, welche leidenschaftlichen Wallungen ihr Herz fähig war und welche Fülle von Liebe ihr Busen barg. Wachte die Welt sie auch fernerhin für eine kalte Schönheit halten, er hatte es erfahren, wie glühend und leidenschaftlich, wie innig und wahr sie zu lieben verstand. Wie der Sturm die glimmenden Kohlen, so hatte seine Liebe ihre Liebe entfacht zu hell auflodernder Flamme. Sie sprachen nicht mit einander, die beiden glücklichen Menschenkinder, welche sich im Dunkel der Laube umfingen hielten. Die erste Liebe spricht nicht, sie ist stumm. Das höchste Glück wie der tiefste Schmerz kann nimmer Worte finden.

„Dein für immer!“

Das waren ihre Worte, als sie sich spät am Abend trennten.

Niemals noch bis heute hatte Paul sein Stübchen so glücklich betreten wie diesen Abend. Lange noch stand er am offenen Fenster und blickte zu dem Meer der Sterne empor, die am wolkenlosen Nachthimmel ihre ewigen Bahnen dahingezogen. Er faltete die Hände über der Brust zusammen, welche vor Wonne schier zerspringen wollte. Und wie er so da stand, war es ihm, als ob das liebe Antlitz seines todtten Mütterleins aus Himmelshöhe liebend auf ihn niederschaue, als ob ihre Arme sich aus den Wolken hervorstreckten und sich segnend auf das Haupt ihres glücklichen Kindes niederlegten.

Ja, er war glücklich. Heute Abend zum ersten Male wieder seit seinen Kindertagen.

Was auch die Zukunft in ihrem dunklen Schooße bergen mochte, heut' kümmerte es ihn nicht, heut' lebte er der beglückenden Gegenwart. (Fortsetzung folgt.)

bienst bei der harten Arbeit mit den Zahlen der Anmeldungen, so kann man sich leicht ein Bild von dem hier herrschenden Elend unter der arbeitenden Bevölkerung machen.

Quittung

Aber bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 27. Dezember 1894 bis 4. Januar 1895 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (4. Quartal 94) des Zentralvereins der Württemberger Mt. 137,35. Quartalsbeitrag (4. Quartal 94) des Zentralvereins der Pfälzerinnen Mt. 3. Quartalsbeitrag (3. und 4. Quartal 94) des Verbandes der Glasarbeiter Mt. 220.

Hamburg, Boollstraße 41, 2. Etage.

Was geht vor? Auf die auch von uns wiedergegebenen Ausführungen des „Vorwärts“ unter obiger Stichmarke erwidert die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Korrespondenzblatt“ Folgendes:

„Von dem Artikel, welchen der Genosse Sperka in Nr. 49 (14. Dezember v. J.) im „Der Handschuhmacher“ veröffentlichte, hatten wir gleich nach dem Erscheinen Kenntniß. Da es das gute Recht des Verbandes der Glacéhandschuhmacher war, die Beitragszahlung an die Generalkommission einzustellen (der Beschluß wurde auf der Generalversammlung mit 12 gegen 8 Stimmen gefaßt), und es ferner das gute Recht des Genossen Sperka ist, diesen Beschluß der Generalversammlung in seiner Weise zu begründen, so hielten wir es für überflüssig, auf diese seine Gründe eine Erwiderung zu geben. Der erstere Theil der Ausführungen war nicht neu, sondern schon oft von anderer Seite gemacht worden, der letztere so phantastisch, daß wir nicht annehmen konnten, er würde von irgend einer Seite ernst genommen werden. Da aber die Parteipresse diese phantastischen Ausführungen wenigstens zum Theil ernst zu nehmen scheint, wird es nothwendig sein, kurz die Vorgänge zu erklären, welche dem Genossen Sperka Veranlassung gaben, so geheimnißvoll zu schreiben. Die Generalkommission hielt im September v. J. Umfrage bei den Zentralvorständen bezüglich Abhaltung eines Gewerkschaftskongresses im Jahre 1895. Es wurde unsererseits ein Kongreß für überflüssig gehalten, wenn er sich nur mit dem Bericht der Generalkommission und der Organisationsfrage beschäftigen sollte. Wir schlugen deshalb vor, auf einem Gewerkschaftskongreß auch die Vereinsgesetzgebung, Arbeiterschutzgebung, das Fabrikinspektorat und die Unfallversicherung und Unfallversicherung zu besprechen, oder von Einberufung eines Gewerkschaftskongresses Abstand zu nehmen. Einer weitläufigen Erklärung unseres Vorschlages bedarf es nicht. Die Parteitage können sich unmöglich so eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, wie dies für die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter nothwendig ist. Da nun vorauszu-
sehen war, daß unsere Vorschläge zu einer weitgehenden Diskussion führen würden und Meinungsverschiedenheiten hervorrufen konnten, welche den Gewerkschaften nicht dienlich wären, so nahmen wir davon Abstand, dieselben in der Presse zur Diskussion zu stellen, vielmehr wollten wir erst in Erfahrung bringen, wie die Vorstände der Zentralisation darüber denken und suchten deren Meinung durch persönliche Umfrage zu erfahren. Da die Vorstände sehr getheilte Meinung über unsere Vorschläge waren und in der Mehrzahl einen Kongreß für überflüssig hielten, so wurde unsererseits die Sache fallen gelassen. Es lag aber kein Grund vor, jetzt, nach Erledigung der Angelegenheit, dieselbe durch die Presse bekannt zu geben, weil, wie schon erwähnt, eine weitere Diskussion zwecklos war und für die Gewerkschaftsbewegung wenig von Nutzen sein konnte. Aus demselben Grunde hatten wir auch die Vorstände ersucht, die Sache nicht zu veröffentlichen. Hätte der Genosse Sperka, der Vorstandsmitglied im Handschuhmacherverband ist, sich durch unser Ersuchen nicht gebunden fühlen wollen, so wäre es besser gewesen, er hätte nicht Andeutungen gemacht, sondern die Sache so geschildert, wie sie ist, dann wäre der „Vorwärts“ jedenfalls zu seiner Frage nicht veranlaßt worden.“

Die Generalkommission.

Aus Nah und Fern.

Die letzte Sturmfluth, so wird dem „Ostfr. Cour.“ von der Halliginsler Zwiß geschrieben, wird jedem Küstenbewohner unvergesslich bleiben, hat doch seit 40 Jahren keine Sturmfluth an unserer Küste schwerere Verwüstungen angerichtet. Nach den Angaben älterer Einwohner erreichte diejenige in der Neujahrnacht von 1854 auf 1855 dieselbe Höhe wie die letzte. Wenngleich der Orkan am 12. Februar vorigen Jahres schwerer war, so erreichte die Fluth nicht eine solche Höhe. Voll Bangen sah man am 23. Dezember dem Grauen des Morgens entgegen, mußte man doch nach den Sturm- und Fluthverhältnissen, sowie nach dem äußerst niedrigen Barometerstande schweres Wetter erwarten. Gegen 6 Uhr in der Frühe brauste von Süden her das Wasser durch's Dorf, das im Nu überschwemmt war. Die Kirchfläche gleich einem wilden See; mit Ungeflüm rollten die Wogen über die Wälle der Gemüesfelder, alle Hindernisse hinwegräumend, jede Mulde ausfüllend: nur etliche recht hochgelegene Felder sind verschont geblieben. Voll Sorge wurde das Fallen des Wassers erwartet; endlich, als es hell zu werden begann, konnte man sich von dem angerichteten Schaden überzeugen. Am schwersten heimgejucht ist die niedriger gelegene Osthälfte des Dorfes; wildes Sturzbad bahneten sich überall ihre Wege, so daß die Verbindungen zwischen den einzelnen Wohnungen aufhörten. Es ist kaum ein Haus, das nicht Schäden aufzuweisen hätte. Am Strande hat die Sturmfluth furchtbar gewüthet; nicht nur sind alle Dünen, die sich nach der Februarfluth wieder gebildet hatten, verschwunden,

sondern auch die Hauptkette ist sehr schwer beschädigt; in der ganzen Länge der Insel ist die Dünenkette in einer Höhe bis zu 15 Meter schnurgerade abgeschnitten, und senkrecht fällt sie gegen das Meer ab. Die Stege am Strande wie auch die Badewartehallen sind völlig verschwunden, und die „Gistbude“, bis an deren Grenze die Dünen fortgerissen sind, droht in die Tiefe zu stürzen. Die Bewohner des „Voog“ haben große Angst ausgestanden; von Süden her beobachtete voll bangen Erwartens das Eindringen der Wassermassen in die geschützten Gärten, als plötzlich der Schreckensruf erscholl: „Die Fluth hat vom Strande her die Dünen durchbrochen!“ Eilends machte man sich auf, dem Wasser einen Damm entgegenzusetzen, jedoch vergebens; das schäumende Element hatte sich einen Einschnitt durch den weniger hohen Dünenabschnitt gebahnt, durch den es sich, große Sandmassen mit sich führend, über die schöne, grüne Fläche an der Nordseite der Häuser ergoß. Hierzu besonders thut schnelle Hilfe noth, wenn nicht die Existenz des „Voog“ in Frage kommen soll. Die hohen Deiche zwischen Voog und Bill am „Hamrich“ haben, was nicht erwartet wurde, dem Unwetter getrotzt, wenngleich auch die Fluth beinahe die Klappe erreichte und den Fuß mehr oder weniger beschädigte. Ebenso hat der Deich vor den Villändereien Stand gehalten. Die Landungsbrücke hat sich bewährt. Am Morgen glaubte man, daß auch sie fortgeschwemmt sei, weil nichts von ihr zu entdecken war; bei vorgeschrittener Ebbe jedoch kam sie zum Vorschein. Die Fluth, welche über sie hinweggerast war, hatte ein größeres treibendes Wrackstück auf ihrem Rücken zurückgelassen.

Ein Prozeß gegen Menschenopferer im watsjischen Dorfe Alt-Multan ist dieser Tage entschieden worden. Sechs der Angeklagten sind zur Zwangsarbeit und einer, ein 90jähriger Greis, zur Ansiedlung in Sibirien verurtheilt worden. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Von Einzelheiten erfährt man Folgendes: Am 5. Mai 1892 wurde die Leiche des Bauern Matjunin entschuldig verstümmelt in einem Walde in der Nähe des Dorfes Alt-Multan aufgefunden. Gewisse Aeußerlichkeiten weckten dabei einen Verdacht, der eigentlich niemals geruht hatte — das nämlich die Wotjaken von Multan, die nur äußerlich Christen sind, ihren heidnischen Göttern immer noch Opfer brachten und Matjunin eines dieser unglücklichen Opfer sei. Allmählich gerieth man auch auf die Fährte der Verbrecher und nach einiger Zeit lag der ganze entsetzliche Hergang vor den Augen der Richter. Es war in der Hungerzeit, während der großen Fasten des Jahres 1892, als einer der Zeugen auf der Gemeinde-Versammlung des Dorfes Alt-Multan von einem der Angeklagten, Bauer Andrian Andrejew, das Wort hörte „kykpydes wandyen kule“ (einen Zweifelhigen abschachten). Im Traume sei es ihm offenbart worden, erklärte Andrejew, daß Krankheit und Hunger nicht eher aufhören würden, als bis dieses Opfer gebracht sei. Jetzt warteten die Wotjaken nur auf eine günstige Zeit, und am 4. Mai 1892, kurz vor dem Beginn der Feldarbeiten, hielten sie diese für gekommen. Ihre Wahl fiel auf den Myrtowschen Bauern Matjunin, einen unglücklichen Menschen, der mit der fallenden Sucht behaftet war und sich in Folge dessen von Almosen nährte. Sie griffen ihn, machten ihn betrunken, führten ihn in die Hütte des Moissei Dmitrijev und tödteten ihn und tranken sein Blut. Da der Aberglaube es verlangt, daß dem Opfer ein christliches Begräbniß zu Theil werde, warfen sie schließlich dann den verstümmelten Leichnam an jene Stelle des Waldes, wo er gefunden werden mußte. Unter den Verbrechern befinden sich die angesehensten Bauern des Dorfes Multan, der Dorfälteste und der Kirchenälteste. Zwei der Hauptschuldigen, Moissei Dmitrijev und seine Frau, sind während der Haft gestorben.

Vierfachen Mord. Lille. Am Neujahrstage hat sich in der benachbarten großen Industriestadt Roubaix ein schreckliches Verbrechen ereignet. Vor kurzem wurde der belgische Akrobat Louis Derencq, der sich mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen auf dem Jahrmarkt zu Roubaix produzierte, wegen gewalthätigen Betragens gegen die Polizei und wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht zu einigen Wochen Gefängniß verurtheilt und nach Verbüßung seiner Strafe ausgewiesen. Derencq, dem Frau und Kinder, die er stets mißhandelte, nicht folgen wollten, begab sich nach Tournai, kehrte aber am Sylvestertage heimlich nach Roubaix zurück und fand hier bei einer bekannten Familie Namens Georges in der Rue Archimede Unterkunft. Bei dem 77jährigen Georges, einem Sesselmacher, wohnte dessen 23jähriger Sohn Jules und das Ehepaar Geschierez. Den ganzen Tag über feierte D. den Sylvestertag durch Schnapstrinken, so daß er spät abends im Zustande vollster Betrunkenheit in die Wohnung des Georges zurückkehrte. Was sich während der Nacht zum Neujahrzutrug, ist in den Einzelheiten unbekannt. Als aber die Hausthür des Georges'schen Hauses am Neujahrstage gegen die Gewohnheit geschlossen blieb, riefen die Nachbarn die Polizei herbei, die die Hausthür sprengte. Dem eindringenden Polizeikommissar Cordier bot sich ein entsetzlicher Anblick dar. In den Betten des ersten Zimmers zur ebenen Erde lagen die blutigen Leichname des alten Georges und seines Sohnes Jules, beide mit zerschmettertem Schädel. In dem zweiten Zimmer fand man die Leichen des Ehepaars Geschierez, neben denen eine blutbefleckte Haube lag, mit der der Mörder sein blutiges Werk vollbracht hatte. Im Hausflur endlich stieß man auf die Leiche von Derencq, der sich nach der That erhängt hatte. Der Beweggrund des vierfachen Mordes ist unbekannt.